

SPEYER JOURNAL

EIN MAGAZIN DER DEUTSCHEN UNIVERSITÄT FÜR VERWALTUNGSWISSENSCHAFTEN SPEYER

Nr. 30, Wintersemester 2016/2017



SEMESTER

**NEUE PROFESSORIN IN
SPEYER**

INTERNATIONALES

BESUCH AUS GEORGIEN

WEITERBILDUNG

**PUBLIC CORPORATE
GOVERNANCE-TAGUNG**

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser

das Wintersemester 2016/17, über das wir Ihnen im vorliegenden SpeyerJournal Nr. 30 berichten wollen, war reich an für uns wichtigen Ereignissen, von denen ich hier nur zwei exemplarisch hervorheben möchte.

Zuerst zu nennen ist der 70. Gründungstag unserer Einrichtung, den wir mit einer feierlichen Abendveranstaltung begingen, für die wir Herrn Richter am Bundesverfassungsgericht Professor Dr. Johannes Masing gewinnen konnten.

Dann konnten wir rechtzeitig zum Beginn den Semesters Frau Professorin Dr. Constanze Janda für den Lehrstuhl für Sozialrecht und Verwaltungswissenschaft gewinnen. Mit dieser Berufung konnte das Lehr- und Forschungsprofil unserer Universität nachhaltig geschärft werden.

Ihr
Joachim Wieland
Rektor



06 Semester

Neue Professorin in Speyer: Univ.-Prof. Dr. Constanze Janda



11 Internationales

Rektor der Partneruniversität Tbilissi zu Besuch



18 Weiterbildung

Miss es oder vergiss es?: 5. Speyerer Tagung zu Public Corporate Governance

INHALT

<p>04 Semester</p> <p style="padding-left: 20px;">Semesterstart in Speyer</p> <p style="padding-left: 20px;">Neu an der Universität: Univ.-Prof. Dr. Janda</p> <p style="padding-left: 20px;">Graduierung von MEGA 8 und Start von MEGA 9</p> <p style="padding-left: 20px;">70 Jahre Universität Speyer</p> <p>11 Internationales</p> <p style="padding-left: 20px;">Besuch aus Georgien</p> <p>12 Weiterbildung</p> <p style="padding-left: 20px;">Re-Kommunalisierung der Pflege?</p> <p style="padding-left: 20px;">28. Europa-Seminar</p> <p style="padding-left: 20px;">5. Public Corporate Governance-Tagung</p> <p>20 Führungskolleg Speyer</p> <p style="padding-left: 20px;">XII FKS</p> <p>24 Hochschuleseelsorge</p>	<p>27 Alumni</p> <p>26 80. Geburtstag von Univ-Prof. Dr. Heinrich Reiner mann</p> <p>32 Kurzmeldungen</p> <p>35 Personalien</p> <p>38 Publikationen</p>
---	--

SEMESTERSTART

Am Anfang des Wintersemesters 2016/2017 standen nach der Einschreibung und der Semesterantrittsversammlung zunächst die Senatswahlen der Gruppe der Studierenden und die Konstituierung der Hörerschaft.

Die Studierenden des Wintersemesters wählten Jana Pöhler und Marin Seiferth zu ihren Senatsvertretern sowie Florian Knerr und Florian Raupach zu deren Stellvertretern.

Gleich im Anschluss daran wählten die Studierenden ihre Funktionsträger für die Hörerschaft als eigenständige Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die verschiedenen Referate wurden wie folgt besetzt: Hörsprecher: Nima Izadi (Sprecher) und Christina Witte (stellv. Sprecherin), Finanzreferat: Felix Neumeister (Referent) & Nico Klamt (stellv. Referent), Alumnireferat: Marc Meierkord (Referent) und Matthias Menden (stellv. Referent), Ballreferat: Johanna Ehlers (Referentin) & Dario Leanza (stellv. Referent), EDV-Referat: Robin Röscheisen (Referent) und Christian Richter (stellv. Referent), Eventreferat: Leonie Michalke (Referentin) & Elisabeth Pünder (stellv. Referentin), Integrationsreferat: Nelly Ketels (Referentin) & Cornelia Bonitz (stellv. Referentin), Kulturreferat: Florian Raupach (Referent) & Joerg Ruff (stellv. Referent), Masterreferat: Tamiko Kehrer (Referentin) & Luisa Tyroller (stellv. Referentin), Medienreferat: Steffen Wulff (Referent) & Dennis Beyer (stellv. Referent), Sportreferat: Karin Glashauser (Referentin) & Alessandro Sideri (stellv. Referent).

Den Semestereröffnungsvortrag hielt Prof. Dr. Carl Baudenbacher zum Thema: „Nach dem Brexit - der EWR als Alternative ?“. Baudenbacher wurde 1995 auf Vorschlag des Fürstentums Liechtenstein zum Richter am Gerichtshof der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) gewählt, den er seit 2003 präsidiert. Der EFTA-Gerichtshof ist zuständig zur Entscheidung von Fällen, die ihren Ursprung im EFTA-Pfeiler des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) haben.

Im Anschluss an den Vortrag überreichte der Rektor, Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland dem ehemaligen rheinland-pfälzischen Finanzminister Dr. rer. pol. Carsten Kühl die Ernennungsurkunde zum Honorarprofessor.



01_



02_



03_



04_

01_
Aula
02_
Ernennung von Dr. Carsten
Kühl zum Honorarprofessor
durch den Rektor, Univ.-
Prof. Dr. Joachim Wieland
03_
Prof. Dr. Carl Baudenbacher,
Präsident des Gerichtshofes
der Europäischen Freihand-
elsassoziation (EFTA)
04_
Hörerschaft

NEU AN DER UNIVERSITÄT: UNIV.-PROF. DR. CONSTANZE JANDA LEHRSTUHL FÜR SOZIALRECHT UND VERWALTUNGSWISSENSCHAFT

Text: Redaktion

Zum 1. Oktober 2016 durfte die Universität Frau Univ.-Prof. Dr. Constanze Janda als neues Mitglied des Kollegiums in Speyer begrüßen.

Als Inhaberin des Lehrstuhls für „Sozialrecht und Verwaltungswissenschaft“ ist sie Nachfolgerin von Frau Univ.-Prof. Dr. Sabine Kuhlmann, die bis März 2013 den Lehrstuhl für „Vergleichende Verwaltungswissenschaft, insbesondere Verwaltung in Europa“ innehatte.

Janda studierte von 1994 bis 2000 Rechtswissenschaften mit Spezialisierung im „Recht der sozialen Sicherheit“ an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und nahm 1998 am SOCRATES-Programm „Social Security in Europe“ am Roskilde Universitetscenter (Dänemark) teil.

Nach dem ersten Staatsexamen arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Prof. Eichenhofer und absolvierte den Postgraduierten Studiengang „A European Master in Social Security“ an der Katholieke Universiteit Leuven/ Belgien sowie einen dreimonatigen Forschungsaufenthalt an der Université Paris X - Nanterre.

Ende 2002 konnte sie mit „magna cum laude“ pro-

moviert werden und erhielt für ihre Dissertationsschrift über „Die Rechtsstellung nichtärztlicher Leistungserbringer in der gesetzlichen Krankenversicherung – Eine vergleichende Untersuchung am Beispiel des Rettungswesens in Deutschland und Frankreich“ wenig später den Förderpreis des Deutschen Sozialrechtsverbands e.V.

An die Promotion schloss sich ihr zweijähriges Referendariat im Landgerichtsbezirk Erfurt und am Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Berlin an.

Nach erfolgreichem Abschluss des Zweiten Juristischen Staatsexamens kehrte sie im Juli 2004 als wissenschaftliche Mitarbeiterin an den Lehrstuhl von Prof. Eichenhofer zurück, und begann mit ihrer Habilitation zum Thema „Europäisierung sozialer Sicherheit – Vom Mitgliedschaftsrecht zum Menschenrecht“.

2012 erfolgte die Habilitation und Erteilung der *venia legendi* für die Fächer Bürgerliches Recht, Medizinrecht, Deutsches und Europäisches Sozialrecht

und die Veröffentlichung der Habilitationsschrift „Migranten im Sozialstaat“.

Für das Wintersemester 2012/2013 vertrat sie die Professur im Sozialrecht an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg, bevor sie im Wintersemester 2013/2014 als ordentliche Professorin für Sozialrecht, Europäisches Arbeitsrecht und Allgemeines Zivilrecht an die Rechts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der SRH Hochschule Heidelberg berufen wurde.

Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Recht der sozialen Sicherheit, einschließlich seiner europa- und internationalrechtlichen Bezüge, dessen Schnittstellen zum Arbeitsrecht sowie im Migrationsrecht. Ein weiterer Fokus liegt auf dem Medizinrecht.

Neben der universitären Forschung engagiert sich Janda in vielfältigen Projekten, wie bereits 2005/06 im Twinning-Light-Projekt zur Vorbereitung des Kandidatenstatus von Bosnien-Herzegowina als EU-Mitglied oder 2007 in der Leitung der Arbeitsgruppe „Europäisierung sozialen Schutzes“ der Studienstiftung des Deutschen Volkes mit Prof. Eichenhofer. Von 2009-2013 war sie Mitglied der Ethikkommission des Universitätsklinikums Jena und wurde 2011 als Sachverständige im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestags zu Gesetzesent-



Univ.-Prof. Dr. Constanze Janda

würfen betreffend die Abschaffung des AsylbLG gehört. 2012 bis 2014 war sie Teil des Forschungsnetzwerks Alterssicherung der Deutschen Rentenversicherung Bund im Forschungsprojekt „Reformen in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Beamtenversorgung in Deutschland seit 1990“.

Als Mitglied des Netzwerks Migrationsrecht ist sie an der „Weingartener Woche zum Einwanderungs- und Flüchtlingsrecht“ sowie den „Hohenheimer Tagen zum Ausländerrecht“ beteiligt.

GRADUIERUNG DES STUDIENGANGS MEGA 8 UND ERÖFFNUNG DES STUDIENGANGS MEGA 9

Text: Kirstin Reinke

Am 9. Februar 2017 fand in den Räumen des Bundesministeriums des Innern in Berlin der Festakt anlässlich der Graduierung des 8. Jahrgangs und der Eröffnung des 9. Jahrgangs des Studiengangs MEGA (Master of European Governance and Administration) statt.

Die Feierlichkeiten waren eingebettet in das Programm der Begrüßungs- und Einführungswoche des 9. MEGA-Jahrgangs, welche sich über drei Tage erstreckte (8.–10.02.2017). Die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer wurde vertreten durch den Rektor, Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland, den akademischen Leiter des MEGA-Studiengangs an der DUV Speyer, Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Karl-Peter Sommermann, den im MEGA-Studiengang lehrenden Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch und die Leiterin des Akademischen Auslandsamts, Frau Kirstin Reinke, an deren Stabsstelle die Koordination des MEGA-Studiengangs an der DUV angesiedelt ist. Der Festakt wurde eröffnet durch Herrn Staatssekretär Hans-Georg Engelke, der in seiner Rede die Wichtigkeit der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Herzen Europas, insbesondere in Zeiten von aufkeimendem Nationalismus in zahlreichen europäischen Ländern herausstrich. Ein vielfältiges Engagement im Sinne von guter europäischer und internationaler Governance sei unabdingbar, um einem Zer-



Absolventinnen und Absolventen des MEGA 8 sowie Programmkoordinatoren

fall wertvoller und seit Jahrzehnten gepflegter Kooperationsstrukturen entgegenzuwirken. Bildungsangebote wie der MEGA-Studiengang und kompetente Akteure, welche auf höchstem Niveau Kenntnisse in vorgenanntem Bereich vermitteln, internationale Netzwerke aufbauen und kulturelle Sensibilität fördern, seien wertvolle Instrumente zur Stärkung eines einigen Europas. Vor diesem Hintergrund dankte Staatssekretär Engelke allen Mitwirkenden an diesem berufsbegleitenden Studiengang für ihren Einsatz. Dies schloss auch die Arbeitgeber mit ein, welche ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Programmteilnahme Freiraum und Unterstützung gewähren, wohlwissend, im Nach-



Organisatoren und Ehrengäste im Forum des BMI

gang von dem zuge-
wonnenen Know-how
profitieren zu können.
Nach Staatssekretär
Engelke trat Carine
Soulay, stellvertreten-
de Generaldirektorin
der Administration et
de la Fonction Publi-
que, an das Redner-
pult. Den deutsch-
französischen Charak-
ter der Veranstaltung
unterstrich sie bereits
dadurch, dass sie ihren
Redebeitrag zweispra-
chig gestaltete. Sie
betonte ebenfalls die
Wichtigkeit eines eini-

gen Europas und lobte, wie auch schon ihr Vorred-
ner, die gute Zusammenarbeit und das Engagement
der verschiedenen Einrichtungen und der Teilneh-
mer, die MEGA zu einem so erfolgreichen Format ge-
macht hätten. Soulay, die selbst in ihrer Karriere
europäische und internationale Stationen durchlau-
fen hat, lobte das pädagogische Konzept des MEGA-
Studiengangs, der neben der Wissensvermittlung
auch stark auf den Ausbau von Soft Skills, wie inter-
kultureller Kompetenz und Spracherwerb, wie auch
auf das internationale Netzwerken setzt.

Im Anschluss wurden den Absolventen des 8. Jahr-
gangs des MEGA-Studiengangs feierlich ihre Zeug-
nisse überreicht. Die beiden Sprecher des Jahrgangs,

Dr. Caroline Censier-Calmus und Hannes Kickhäfer
bedankten sich herzlich bei den Organisatoren des
Studiengangs, sowie ihren Arbeitgebern für die
Chance am MEGA-Programm teilnehmen zu können.
Die zwei Jahre seien wie im Flug vergangen, so Frau
Dr. Censier-Calmus, internationale Netzwerke und
Freundschaften seien entstanden und nicht zuletzt
hätten sie Kompetenzen erworben, die neue Hand-
lungsoptionen im beruflichen Umfeld ermöglichten.
Kickhäfer ergänzte hierzu, dass sich bereits 6 Absol-
venten des Jahrgangs beruflich verändert hätten und
im Rahmen der neuen Tätigkeit internationaler auf-
gestellt sind. Sabine Kohl, Absolventin des 4. MEGA-
Jahrgangs und Alexandra Karwat, Absolventin des 7.
MEGA-Jahrgangs stellten den Alumni-Verein und
seine unterschiedlichen Aktivitäten vor. Ein Ziel des
Vereins ist es, die verschiedenen Jahrgänge des Stu-
diengangs miteinander zu vernetzen. Hierzu werden
unterschiedliche Formate organisiert, wie zum Bei-
spiel das deutsch-französische Forum „Berlin sur
Seine – Paris an der Spree“. Das internationale Ar-
beitsfeld gebe, so Frau Kohl, die Möglichkeit zusam-
men mit den Kollegen aus anderen Ländern „ein
bisschen Europa mitzugestalten“.

Diese Beiträge der Vertreter vorangegangener Jahr-
gänge verstärkten noch die Vorfreude auf die Teil-
nahme am Studiengang bei den Studierenden des 9.
MEGA-Jahrgangs, welche sich im Folgenden vor-
stellten und feierlich begrüßt wurden.

Bei einem abschließenden Mittagsimbiss im Konfe-
renzfoyer konnten bestehende Kontakte gepflegt
und neue etabliert werden.

FESTAKT ZUM 70. GRÜNDUNGSTAG

Text: Redaktion

Mit einem Festvortrag feierte die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer am 12. Januar 2017 ihren 70. Gründungstag.



Dr. Johannes Masing, Richter des Bundesverfassungsgerichts

Bevor der Festredner Dr. Johannes Masing, Richter des Bundesverfassungsgerichts, über die Nachrichtendienste im freiheitlichen Rechtsstaat referierte, blickte Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch auf die Gründung der Universität zurück. Emile Laffon verfügte am 11. Januar 1947 im Amtsblatt der französischen Besatzungszone die Einrichtung einer Verwaltungs-Universität. Laffon war 1944 Polizeipräfekt in Paris und Chef des Inlandsgeheimdienstes, ehe er 1945 zum Generalverwalter in der Französischen Besatzungszone ernannt wurde.

Laffon war auch Verbindungsmann von De Gaulle (London) zur Resistance in Frankreich. In der neuen Verwaltungs-Uni sollte nicht ausschliesslich Jura gelehrt werden. Großen Wert wurde auf die Interdisziplinarität gelegt. Lehrende waren Uniprofessoren und Praktiker. Als Vorbild diente die heimische École nationale d'Administration (ENA) in Straßburg. Speyer wurde als Standort ausgewählt wegen seiner Mittellage zwischen Remagen und Lindau. Es gab (und gibt) hier zahlreiche andere Behörden; das Finanzamt, die LVA, den Rechnungshof, die Oberpostdirektion und die Betriebszentrale aller Eisenbahndirektionen des Landes, so dass viel Verwaltungswissen in der Stadt konzentriert war.

Einst befand sich die Uni im heutigen Finanzamtsgebäude gegenüber der Landesbibliothek. Beinahe wäre die Universität wieder abgewickelt worden, weil es am 22. Januar 1947 einen Befehl zur Rücknahme der Gründungsverfügung gab. Aber weil Laffon sich

dem Befehl verweigerte, blieb die Universität unangetastet. Später entliess Marie-Pierre Koenig, auf dessen Anordnung die Uni verschwinden sollte, Laffon. Johannes Masing, der zweite Redner des Abends, hielt dann ein sehr anregendes Referat über die Aufgabe der Nachrichtendienste.

Elektronische Signale seien heute der Schlüssel zu allen Lebensbereichen, so Masing. Es gebe heute kaum einen Einkauf der nicht elektronisch dokumentiert sei und wer Fernbus, Bahn oder mit dem eigenen Pkw fahre, liefere seine Daten in ein System ab. Auch mittels Smartphone liessen sich Bewegungen mit- und nachempfinden. Die Digitalisierung reicht bis in intimste Bereiche und jede Bewegung des Bürgers könne bei Bedarf rekonstruiert werden. Masing zeigte auf, welche Befugnisse Nachrichtendienste haben, in welcher Form sie mit anderen Sicherheitsbehörden zusammen arbeiten dürfen und wo ihre Befugnisse enden. Die Nachrichtendienste müssten politisch und fachlich kontrolliert werden. Steigt das Budget der Nachrichtendienste, müsse auch das der Kontrollinstanzen, zu denen aber nicht die Gerichte zählen, wie Masing betonte, steigen. Festgelegt werden müssten die Befugnisse des Nachrichtendienstes beim Einsatz im Ausland; Verhörmethoden, die gegen die Grundrechte verstoßen, dürften nicht erlaubt sein. Der Bürger würde auch die Übermittlung von Daten an ausländische Geheimdienste ablehnen, wenn diese zu menschenrechtsverletzenden Maßnahmen führen würden. Wenn man die Nachrichtendienste nicht so kontrollieren kann, wie man sich das wünscht und die Bürger mit der Aussicht auf unerwünschte Totalüberwachung verunsichert, wäre es dann nicht angebracht, sie abzuschaffen wie ein Herr aus dem Publikum anregte? „Nein, das halte ich nicht für sinnvoll“, sagt Masing und verweist auf die Sauerland-Gruppe, bei dem ein Attentat verhindert werden konnte, „Wichtig ist es, die Dienste zu profilieren und sie wirksam zu kontrollieren“.

REKTOR DER TBILISI STATE UNIVERSITY (GEORGIEN) ZU BESUCH IN SPEYER

Text: Kirstin Reinke

Am 4. April 2017 besuchte der Rektor Ivane Javakishvili Tbilisi State University, TSU, Herr Prof. Dr. George Sharvashidze die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Er wurde begleitet von Herrn Prof. Dr. Irakli Burduli und Frau Tamar Berishvili, welche auf Tiflisser Seite das gemeinsame Masterprogramm akademisch und administrativ koordinieren. Das Treffen diente dem Kennenlernen der Rektoren der beiden Einrichtungen, da Herr Professor Sharvashidze sein Amt erst seit dem letzten Herbst bekleidet und Speyer noch nicht besucht hatte.

Von Speyerer Seite nahmen der Rektor, der Prorektor, die Herren Professoren Magiera, Sommermann und Stelkens sowie die Verwaltungsmitarbeiterinnen Frau Hipp und Frau Reinke teil. Nachdem Univ.-Prof. Dr. Wieland in seiner Funktion als Rektor kurz die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer vorgestellt hatte, ging Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Sommermann auf die bisherige sehr erfolgreiche Zusammenarbeit, vor allem bezogen auf das gemeinsame Masterprogramm „Public Administration“, ein, welches seit 2009 durchgeführt wird.

Herr Professor Sharvashidze dankte für diese Einführung und betonte die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer für die TSU. Diese solle definitiv weitergeführt und nach Möglichkeit erweitert werden. Zu letzteren Überlegungen führte unter anderem ein neues Gesetz in Georgien, mit dem die Fortbildung von Beamtinnen und Beamten gefördert werden soll. Die TSU ist aufgrund der jahrzehntelangen Erfahrung der DUV in diesem Bereich sehr inte-



ressiert an einer Zusammenarbeit bzw. Beratung. Im Anschluss moderierte Univ.-Prof. Dr. Mühlenkamp in seiner Funktion als Prorektor das Gespräch und übergab schließlich das Wort an Frau Reinke, die in ihrer Funktion als Leiterin des Akademischen Auslandsamts die Universität, ihre Studiengänge sowie die internationalen Aktivitäten näher vorstellte. Beim anschließenden gemeinsamen Arbeitsessen wurde die Kooperation im Rahmen des Erasmus Projekts mit Partnerländern besprochen. Da hier eine strenge qualitative Auswahl der Projektanträge stattfindet, ist eine enge Abstimmung und gute Zusammenarbeit der Partner unerlässlich. Bislang funktioniert das Projekt sehr gut und fast alle bewilligten Mobilitäten sind bereits absolviert oder fest geplant. Daher sollen die Gelder aus diesem Programm weiterhin beantragt und werden und man hofft auf Erhöhung der Fördersumme, was noch mehr Mobilitäten in beide Richtungen ermöglichen würde.

RE-KOMMUNALISIERUNG DER PFLEGE?

PFLEGERISCHE VERSORGUNG IN GEMEINSAMER VERANTWORTUNG VON KASSEN UND KOMMUNEN NACH DEM PFLEGESTÄRKUNGSGESETZ III

Text: Rainer Pitschas

Kranken- und Pflegeversicherung sind zwei eigenständige Säulen des deutschen Sozialstaats; sie verkörpern die „soziale Verwaltung“ in Reinkultur.

Es liegt deshalb auf der Hand, dass diese in mancherlei Hinsicht sich überschneidenden Versicherungszweige in ihrer Zielsetzung und Ausgestaltung auch für Forschung und Lehre an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer von erheblichem Belang sein sollten. Dabei ruft bereits das wenig effektive Nebeneinander der beiden Versicherungs- bzw. Verwaltungszweige gehörige Kritik auf den Plan. Nicht nur werden ähnlich gelagerte Risiken abgesichert; das Nebeneinander hat zudem Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit, weil Zuständigkeiten mitunter an der einen oder an der anderen Säule enden.

Anlass für die Beschäftigung mit der Pflege hat der Deutsche Bundestag gegeben, der im Jahr 2016 das „Dritte Gesetz zur Stärkung der pflegerischen Versorgung zur Änderung weiterer Vorschriften („Drittes Pflegestärkungsgesetz – PSG III“) verabschiedet hatte. Mit dem Gesetzgebungswerk wird die durch zwei vorausgegangene sog. Pflegestärkungsgesetze herbeigeführte Transformation der pflegerischen Versorgung und Pflegeversicherung vollendet. Diese wiederum steht einerseits im Zeichen des demogra-

fischen Wandels mit steigender Lebenserwartung bei niedrigen Geburtenziffern, der Qualitätssicherung der Pflege und der Stärkung spezifischer Pflegeverantwortung der Kommunen. Andererseits schließt diese Gesetzgebung an die in der deutschen Sozialstaatsdebatte mittlerweile geführte Diskussion über die Notwendigkeit an, den deutschen „Sozialversicherungsstaat“ durch intensivierte Investitionen in soziale Dienstleistungen und Infrastrukturen insbesondere für die vorbeugende Sozialpolitik im Alter der Gesellschaft zu ergänzen.

Namentlich das PSG III soll von seiner Zielsetzung her die Rolle der Kommunen in der Pflege insbesondere in Bezug auf die Wahrnehmung einer eigenen Steuerungs- und Planungskompetenz für die regionale Pflegestruktur und die Erbringung der sozialen Dienstleistungen stärken. Die kommunale Pflegesicherung und damit die Daseinsvorsorge durch Kommunalverwaltung erhalten auf diese Weise neuen Schub. Denn es hat sich mehr und mehr gezeigt, dass es bei der Organisation von „Pflege vor Ort“ erhebliches Verbesserungspotential gibt: Nicht nur die Pflegeplanung hat sich weitgehend von einem regulierenden Anspruch verabschiedet. Präventive Elemente fehlen ebenso. Und schließlich begegnet der gelegentlich zu beobachtende Rückzug der Kommunen aus der Rolle als Einrichtungsträger mancher Kritik. Verstärkte Investitionen in soziale Dienstleistungen und Infrastrukturen im Sektor der sozialen Daseinsvorsorge sind sonach angezeigt. Möglicher-

weise baut aber das Gesetz zugleich unerwünschte Doppelstrukturen der (präventiven) Daseinsvorsorge auf, statt hilfreich zu sein. Infrage sieht sich darüber hinaus gestellt, ob die Neuregelungen überhaupt der richtige Weg sind. Die hier berichtete Tagung widmete sich der damit aufgeworfenen grundsätzlichen Frage in ausgreifenden Referaten und Diskussionen.

Zunächst berichtete die Leiterin der Abteilung „Pflegeversicherung und Prävention“ des Bundesgesundheitsministeriums in Berlin, Frau R. Kraushaar über die zukünftig vom Gesetzgeber in Zusammenarbeit mit Bund und Ländern entwickelte Perspektive einer stärkeren Rolle der Kommunen im Pflegesektor. Sie stellte das Dritte Pflegestärkungsgesetz als eine Strukturreform in der Erbringung sozialer Dienstleistungen unter Betonung der kommunalen Ebene vor. Dabei wurden sowohl die Ziele wie auch Hindernisse bei deren Umsetzung in der Praxis einbezogen. Aus der Sicht der Länder ergänzte der Vortrag des Staatssekretärs im Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz D. Langner diesen Vortrag. Er referierte über die Bedeutung der Strukturreform für Planung und Infrastruktur der Daseinsvorsorge im Land. Sein Vortrag verdeutlichte, wie sehr unter Vorbereitung durch eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe die Meinungen im Gesetzgebungsprozess und während dessen Vorbereitung auf politischer und fachlicher Ebene aufeinander prallten. Herr Langner zeigte sich indes



Staatssekretär D. Langner, Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz

befriedigt über die erreichten Kompromisse bei der Normsetzung.

Frau Dr. I. Vorholz, die Beigeordnete für Soziales und Arbeit des Deutschen Landkreistags in Berlin zeigte sich demgegenüber ausgesprochen skeptisch, was die in Aussicht genommene Pflegeverantwortung der Kommunen anbelangt. Von einer eigenen Steuerungs- und Planungskompetenz dieser für die lokale/regionale Pflegestruktur wollte sie nichts wissen. Vor allem wendete sie sich gegen die Institutionalisierung von sog. Modellkommunen, die für Innovationen bei der pflegerischen Versorgung im ländlichen Raum eine zentrale Rolle spielen sollen. Weder sei die Finanzierung geklärt, noch seien dafür die organisatorischen und personellen Voraussetzungen gegeben. Die darin

aufscheinende Position einer starken Zurückhaltung gegenüber den Kommunalisierungsansätzen des PSG III führte im Kreis der Tagungsteilnehmer zu Erstaunen, ist doch in den Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern schon längst von einer regionalen Pflegeversorgung einerseits, von vielfältigen Ansätzen der kommunalen Wohn- und Versorgungsformen andererseits nicht nur die Rede, sondern diese werden intensiv praktiziert.

Die daran anschließenden Referate aus der Praxis über die Sicht der Pflegekassen waren bestrebt, die heftigen Wogen der Diskussion etwas zu glätten. Beide Referenten betonten zum einen die eigene Verantwortung in der pflegerischen Beratung und Ausdifferenzierung pflegerischer Angebote; insoweit wurde das PSG III relativ positiv bewertet. Auf der anderen Seite wurde am Beispiel der sog. Pflegestützpunkte, die schon längst in Deutschland – allerdings in unterschiedlicher Zahl – verankert sind verdeutlicht, wie die Arbeit in diesen Pflegestützpunkten unter Einbezug künftiger kommunaler Verantwortung gemeinsam organisiert werden könnte. Drohende ineffiziente Doppelstrukturen der pflegerischen Beratung und Versorgung wurde als Gefahr angesprochen aber nicht wirklich bestätigt. Stattdessen war bei den Vertretern der Pflegekassen das Bemühen deutlich, zu einer Verantwortungsintegration zu kommen.

Eben diese Ausformung künftiger Zusammenarbeit von Pflegekassen und (Modell-)Kommunen liegt im Interesse der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen, wie der zweite Tagungstag verdeutlichte. Frau R. Paulus vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Rheinland-Pfalz/Saarland erläuterte den Tagungsnehmern die vielfältigen praktischen Möglichkeiten der gegenwärtigen Pflegevariationen und deren Angebote auch für die Angehörigen der Pflegebedürftigen. Es war gerade dieser Beitrag, der den Anwesenden die Gewissheit vermittelte, dass es mit der Stärkung der kommunalen Pflegeverantwortung nicht so einfach sein würde: Die Vielfalt und Differenziertheit der pflegerischen Angebote verlangt nicht nur in der Pflege, sondern auch in deren Ausprägung als Sozialleistung und Sozialdienst ein spezifisches Fachwissen, über das in den Kommunen

nur die wenigsten Mitarbeiter/innen derzeit verfügen dürften. So lag das Fazit nahe, dass es auch künftig ohne die gehörige Zusammenarbeit von Pflegekassen und kommunaler Pflegeverantwortung nicht gehen dürfte.

Das abschließende Referat von Herrn Univ.-Prof. Dr. Dres. h.c. R. Pitschas rief erneut die rechtlichen Fundamente der Kommunen in der Pflege insbesondere in Bezug auf die Wahrnehmung einer eigenen Steuerungs- und Planungskompetenz für die regionale Pflegestruktur in das Bewusstsein. Die institutionelle Transformation der pflegerischen Versorgung beruhe, so führte er aus, auf dem Verständnis des Pflegeversicherungsrecht als dem rechtlichen Rahmen für soziale Pflegeversicherung und Krankenversorgung; materiell-verfassungsrechtlich gründe er auf dem einheitlichen Gebot des Grundrechts auf Gesundheitsschutz und Pflege – diese verstanden als Bewahrung körperlicher Unversehrtheit – und auf Art. 28 Abs. 2 GG. Im Zuge der daran anschließenden Ausführungen erwies sich das PSG III als eine qualitative Neujustierung des Verhältnisses von öffentlicher Pflegepolitik, Marktangeboten und Nutzung durch Individuen/Haushalte sowie des Dritten Sektors, in dem die Vermarktlichung sozialer Dienste einen bedeutenden Entwicklungspfad darstellt. Diese ist rechtlich angeleitet und gibt den durch die private Pflegewirtschaft geförderten veränderten Akteurskonstellationen und Governance-Strukturen reichlich Spielraum, wie dies der vorausgegangene Vortrag von B. Meurer, Präsident des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste e. V. verdeutlichte. Auch in der Pflege ist damit der Wandel des Wohlfahrtsstaates angekommen; seine Strukturen nehmen neue Entwicklungspfade. Dies gilt auch für die Sozialverwaltung.

28. EUROPA-SEMINAR SPEYER

Text: Daniel Toda Castán

Unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera und Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Karl-Peter Sommermann fand vom 24. bis 26. Oktober 2016 das 28. Europa-Seminar Speyer statt.

Zum Auftakt des Seminars wurden die wichtigsten Herausforderungen für die Weiterentwicklung der Europäischen Union und ihre wesentlichen Politiken von Prof. Dr. Mathias Jopp, Direktor des Instituts für Europäische Politik in Berlin, erörtert. Prof. Jopp sah zwei Kernbereiche der Europäischen Union, den Binnenmarkt und den Außenhandel, durch den „Brexit“ und ein mögliches Scheitern der Freihandelsabkommen CETA und TTIP als ernsthaft gefährdet. Ohne diese beiden Kernbereiche sei der Mehrwert der EU für Staaten wie Deutschland deutlich vermindert. Der „Brexit“ kann einerseits eine lange Zeit in Anspruch nehmen, bis er erreicht ist, was zu einer gewissen Unsicherheit innerhalb der Union führen könne. Wenn er sich hingegen in wenigen Jahren vollzieht, würde er einen erheblichen Einschnitt in das laufende Haushaltsprogramm der EU verursachen, für den die anderen Netto-Zahler aufkommen müssten. Dieses seien allerdings nicht die einzigen dringenden Herausforderungen für die EU. Auch die Wirtschafts- und Währungsunion, die Migrations- und Sicherheitspolitik sowie die Außenpolitik verlangten sofortige Maßnahmen. Im Rahmen der geltenden Verträge besteht nach Auffassung von Prof. Jopp noch erheblicher Gestaltungsspielraum. Er wies darauf hin, dass die meisten Ursachen der genannten Herausforderungen „EU-hausgemacht“ seien. Anschließend präsentierte Jan Sobczak, Generalkonsul der Republik Polen in Köln, die polnische Sicht zu unterschiedlichen Themen der europäischen Integration. Er unterstrich die seit 25 Jahren laufende deutsch-polnische Zusammenarbeit und ihre Wichtigkeit im Gesamtrah-

men der europäischen Integration. 80% der Polinnen und Polen würden die Mitgliedschaft Polens in der EU befürworten. Aus polnischer Sicht bedeute eine „gut funktionierende EU“ eine solche, die sich auf die Interessen und Themen konzentriert, die gemeinschaftlich besser zu lösen sind als einzelstaatlich. Dabei sollte der Binnenmarkt die Grundlage bleiben. Den nationalen Parlamenten sollte aber eine verstärkte Rolle zukommen. Stabile Außenbeziehungen zu osteuropäischen Staaten seien auch ein wichtiges Anliegen Polens im Rahmen der EU. Staaten wie Georgien, Moldawien oder die Ukraine sollten nicht zu einer „grauen Zone“ zwischen der EU und Russland werden. Polen begrüße deswegen Assoziierungsabkommen mit diesen Staaten und Maßnahmen wie die Visa-Liberalisierung. In der Außensicherheitspolitik nannte Generalkonsul Sobczak die Krisen in der Ukraine, Libyen und Syrien als Probleme, bei deren Lösung die EU eine führende Rolle spielen sollte.

Der zweite Seminartag begann mit einer Diskussion zur Migrations- und Asylpolitik. Matthias Oel, Direktor in der Generaldirektion Migration und Inneres der Europäischen Kommission, hob die Intensität der Handlung der EU in diesen Bereichen seit anderthalb Jahren hervor. In dieser Zeit seien Maßnahmen, die kurz zuvor noch unvorstellbar oder unerwünscht gewesen wären, getroffen worden. Trotzdem sei die Notsituation zwar unter Kontrolle, aber noch nicht beseitigt, denn an den Außengrenzen der EU würden die Zahlen von Schutzsuchenden noch wachsen. Es habe sich gezeigt, dass das Gemeinsame Europäische

Asylsystem (GEAS) nicht krisenfest sei, und die EU, insbesondere die Kommission, habe entschieden reagiert. Jedoch habe es zwischen Oktober 2015 und September 2016 eine Phase der Verlangsamung gegeben, da die Mitgliedstaaten sich so wenig EU-Aktivität wie möglich gewünscht hätten. Dennoch sei diese Verlangsamung möglicherweise mit den Schlussfolgerungen des letzten Europäischen Rates überwunden. Als Eckpunkte einer erfolgreichen Asylpolitik nannte Direktor Oel die konsequente Sicherung der Außengrenzen, die Wiederherstellung der Freizügigkeit und die Fortentwicklung des GEAS sowie die von der Kommission vorgeschlagene Neuformulierung des Dublin-Systems, eine faire Verteilung von Schutzsuchenden, eine konsequentere Rückführungspraxis, die Bekämpfung von Fluchtursachen und die Integration. Schließlich wies er darauf hin, dass die Krise in der Implementierung des GEAS ein ernsthaftes Problem darstelle, da das gegenseitige Vertrauen zwischen den Staaten dadurch verloren gehe. In dem anschließenden Vortrag zeigte Clemens Kurzidem, Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, wie die allermeisten Aspekte des aktuell in Deutschland geltenden Migrations- und Asylrechts europarechtlich determiniert sind. Aus seiner Perspektive beleuchtete er wichtige Fragen und Rechtsprechung zu Themen wie der Begrenzung von Sozialleistungen für EU-Bürger, dem Status von türkischen Staatsangehörigen in der EU und in Deutschland und der Anwendung der Dublin-Verordnung. In seinem Fazit merkte er an, dass der Schlüssel zu allen diesen Fragen im europäischen Recht liegt.

Der dritte Halbtag war der Sicherheitspolitik gewidmet. Dirk Menden, Abteilungsleiter für Grundsatzangelegenheiten im Bundesamt für Verfassungsschutz, berichtete über die aktuelle Situation seines Bundesamtes, die auch von extremistischen Bedrohungen gekennzeichnet sei. Die in letzter Zeit auftauchenden Herausforderungen für die innere Sicherheit würden vom Bundesamt eine erhebliche Anpassungsfähigkeit verlangen. Die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch mit dem Bundeskriminalamt und den Landesverfassungsschutzbehörden hätten sich in der

Vergangenheit als Herausforderungen erwiesen; sie seien jedoch durch die Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes von November 2015 und durch die Schaffung des gemeinsamen Terrorismus-Abwehrzentrum erleichtert worden. Die Angewiesenheit auf ausländische Nachrichtendienste für die Identifizierung und Bekämpfung von Bedrohungen sowie die verfassungsgerichtliche Rechtsprechung zum Datenschutz stellten das Bundesamt ebenfalls vor schwierige Aufgaben. Dr. Reinhard Priebe, Direktor a.D. in der Generaldirektion Inneres der Europäischen Kommission, brachte die europäische Perspektive in die Debatte. Er merkte an, dass vor lediglich 20 Jahren die innere Sicherheit kein Thema für die Europäische Union gewesen sei, da sie als Angelegenheit der Mitgliedstaaten angesehen wurde und im intergouvernementalen „Dritten Pfeiler“ angesiedelt war. Mittlerweile habe sie Einzug in die Unionsstrukturen gefunden und sei der Unionsmethode unterworfen. In Artikel 3 des Vertrages über die Europäische Union stehe der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts sogar vor dem Binnenmarkt. Dies entspreche im Übrigen einem verstärkten Bewusstsein der Bevölkerung bezüglich der inneren Sicherheit und der damit verbundenen Grundrechtsfragen. Dennoch blieben noch gewisse „intergouvernementale Reste“ und eine gewisse „Nostalgie zum Dritten Pfeiler“, die beispielsweise in der Ernennung des Direktors von Europol durch den Europäischen Rat zum Ausdruck komme. Trotz einer allgemeinen Verunsicherung in Bezug auf das EU-Projekt, sei insgesamt im Bereich der inneren Sicherheit einen sehr beachtlichen Fortschritt festzustellen.

Am letzten Seminartag besuchten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer das Kernkraftwerk in Philippsburg, wo sie Gelegenheit hatten, mit Dr. Bernd-Michael Zinow, Leiter der Funktionseinheit Recht, Revision, Compliance und Regulierung der EnBW, und Prof. Dr. Johann-Christian Pielow, Direktor des Instituts für Energie- und Bergrecht der Universität Bochum, unterschiedliche Aspekte der Energie- und Klimaschutzpolitik der Europäischen Union zu diskutieren. Prof. Pielow stellte die Entwicklung der Ener-

giepolitik innerhalb der Union vor. Obwohl die ursprüngliche Montanunion durchaus energiepolitische Ziele gehabt habe, seien diese in den Gründungsverträgen von 1951 und 1957 nicht erwähnt worden. Sukzessive Reformen der Verträge, insbesondere der Lissabon-Vertrag, hätten die Energiepolitik und ihre Ziele rechtlich verankert. Daraus habe sich ein umfassendes Sekundärrecht entwickelt, und wichtige Agenturen seien errichtet worden. Obwohl innerhalb der EU sehr unterschiedliche nationale Energiepolitiken zu finden sind, hielt Prof. Pielow die Energiepolitik für eine erfolgreiche und funktionierende EU-Politik, die sehr wichtige Prozesse wie die Liberalisierung entscheidend vorangebracht habe. Heute sei die „Energieunion“ das Leitprojekt der EU für die Energiepolitik, und darin stellten sich Herausforderungen oder sogar Paradigmenwechsel wie die Digitalisierung und die Dekarbonisierung. Dr. Zinow stellte den Teilnehmern die EnBW und ihren strategischen Ansatz für die kommenden Jahre vor. Darüber hinaus präsentierte er fünf Thesen zur europäischen Energiepolitik. Obwohl sich der Einfluss des EU-Rechts im Energiebereich auf das unternehmerische Handeln verringert habe und die Impulse im Energierecht hauptsächlich aus dem Beihilferecht kämen, seien eine engagierte europäische Energie- und Klimaschutzpolitik und eine konsequente Anwendung des Unionsrechts notwendig. Insbesondere stellte Dr. Zinow fest, dass das Emissionshandelssystem seine Steuerungskraft verloren habe. Da seine Wiederbelebung an nationalen Interessen scheitere, sei es an der Zeit, andere Lösungen wie eine CO₂-Steuer in Betracht zu ziehen. Abschließend hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Gelegenheit, durch den Leiter des Informationszentrums des Kernkraftwerks Michael Maurer Näheres über das Funktionieren der Anlage und ihre künftige Abschaltung zu erfahren, und auch den bereits außer Betrieb genommenen Kühlungsturm von Innen zu besichtigen.



Das 29. Europa-Seminar Speyer wird vom 11. bis 13. Oktober 2017 stattfinden.

Nähere Informationen zum Programm werden unter <http://www.uni-speyer.de/weiterbildung/weiterbildungsprogramm.php> und unter <http://www.uni-speyer.de/lehrstuehle/sommermann/weiterbildung.php> zur Verfügung gestellt.

MISS ES ODER VERGISS ES?

Text: Michèle Morner

Experten aus Verwaltung, Wissenschaft und Beratung suchten auf der 5. Speyerer Tagung zu Public Corporate Governance an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer den Dialog und tauschten sich über die Themen Personalmanagement und leistungsorientierte Vergütung anhand von Kennzahlen aus.

Univ.-Prof. Dr. Michèle Morner ist Inhaberin des Lehrstuhls für Personal, Führung und Entscheidung im öffentlichen Sektor an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer und Leiterin des Wissenschaftlichen Instituts für Unternehmensführung und Corporate Governance, Berlin. Univ.-Prof. Dr. Ulf Papenfuß ist Inhaber des Lehrstuhls für Public Management und Public Policy an der Zeppelinuniversität Friedrichshafen.

120 Teilnehmer folgten am 3. und 4. April 2017 der Einladung von Univ.-Prof. Dr. Michèle Morner und Univ.-Prof. Dr. Ulf Papenfuß zur 5. Speyerer Tagung zu Public Corporate Governance. Sie diskutierten insbesondere über Personalmanagement und finanzielle Anreizsysteme im öffentlichen Sektor.

Neben Fixvergütungen beinhalten Vergütungssysteme von Geschäftsführern und Mitarbeitern öffentlicher Unternehmen immer häufiger variable Vergütungsbestandteile. Inspirieren lässt man sich hierbei, wie allzu oft, von Praktiken der Privatwirtschaft. Die Möglichkeiten der Mitarbeiterbelohnung und Leistungsmessung scheinen keine Grenzen mehr zu kennen. So werden häufig finanzielle Kennzahlen als Grundlage der Leistungsbemessung genommen. Es werden Boni für Individual- und Gruppenleistungen vergeben. Und auch dem Grad der Zielerreichung versucht man Rechnung zu tragen, indem man so genannte Bonus-Malus-Systeme einführt.

Herr Christian Ude – Oberbürgermeister a. D. der Stadt München – warnt die Tagungsteilnehmer allerdings in seinem Keynote-Vortrag vor dem „Wahnsinn zu glauben, dass man jegliche Tätigkeit im öffentlichen Sektor mit Kennzahlen messen könne.“ So sei beispielsweise die Qualität der Patientenberatung eines Chefarztes unmöglich mittels Kennzahlen zu messen und „politisch und moralisch ein Schuss in den Ofen“.



Univ.-Prof. Morner und Univ.-Prof. Papenfuß (v.l.n.r.) freuen sich über eine gelungene Tagung. 120 Teilnehmer folgten der Einladung zur 5. Public Corporate Governance Tagung



Christian Ude (Oberbürgermeister a. D. der Stadt München) warnt die Tagungsteilnehmer davor alles mit Kennzahlen messen zu wollen

Die Gefahr bestehe aus Sicht von Prof. Dr. Morner auch darin, dass Geschäftsführer und Mitarbeiter nur noch all jene Ziele verfolgen, nach denen sie explizit gemessen werden. Anstelle eines gemeinwohlorientierten Denkens und Handelns rückt dann die „Karotte, der man hinterherrennt“. Und dann entstehe aus Sicht von Prof. Dr. Morner die Gefahr, dass eine ursprüngliche innere und auf das Gemeinwohl ausgerichtete Motivation durch externe finanzielle Anreize verdrängt wird. Es sei daher essentiell, dass Leistungs- und Anreizsysteme mit

Bedacht gewählt werden. Weniger ist dabei manchmal mehr.

Die diesjährige Tagung bot einen guten Rahmen zum gegenseitigen Austausch und kritischen Auseinandersetzen bezüglich aktueller Bestrebungen, die Arbeit von Geschäftsführern und Mitarbeitern im öffentlichen Sektor mittels variabler Vergütungsbestandteile steuern zu wollen. Außerdem wurden allgemeinerer Themen der Public Corporate Governance, wie beispielsweise die Kompetenz von Aufsichtsräten in öffentlichen Unternehmen und die Bedeutung eines übergreifenden Public Corporate Governance Kodexes diskutiert. Im kommenden Jahr wird die 6. Speyerer Tagung zu Public Corporate Governance vom 16. bis 17. April 2018 stattfinden und diese Problematik erneut diskutieren.

XII. FÜHRUNGSKOLLEG SPEYER

Text: Ceren Yazar

Von April 2016 bis Februar 2017 absolvierten die Kollegiatinnen und Kollegiaten des Führungskollegs Speyer (FKS) unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill fünf von insgesamt 12 Kurswochen.

Schwerpunktthemen der Kurswochen waren Kommunikation, Europäisierung, Führung und Zusammenarbeit, Flüchtlings- und Integrationsmanagement sowie Politik und Verwaltung. Die Kurswochen fanden in Speyer, Brüssel, Lauf/Nürnberg und München sowie Berlin und Potsdam statt.

Im April 2016 befassten sich die KollegiatInnen in Workshops mit den verschiedenen Aspekten der Kommunikation. So lernten die KollegiatInnen unter anderem das Instrument der kollegialen Fallberatung kennen. Um den Bereich der Kommunikation mit der Öffentlichkeit zu beleuchten, führten die KollegiatInnen ein Kameratraining mit Experten des SWR sowie einen Workshop zum Umgang mit verschiedenen Phasen einer Krisensituation an ausgesuchten Fallbeispielen aus der Praxis durch. Ein Gespräch mit einem Medienprofi zum Thema Kommunikation im politischen Raum sowie ein Workshop zur Kommunikation im Rahmen von Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung rundeten die Kurswoche ab.

Die Kurswoche im Juni 2016 führte die KollegiatInnen nach Brüssel. Unter dem Eindruck der damals unmittelbar bevorstehenden Abstimmung Großbritanniens über den Ausstieg aus der Europäischen Union („Brexit“) behandelten die KollegiatInnen die Schwerpunktthemen „Digitale Wirtschaft“ und

„E-Government“, „Bessere Rechtssetzung“, „Zukunft der Kohäsionspolitik“, „Flüchtlingspolitik“ sowie „Polizeiliche Zusammenarbeit/Daten- und Katastrophenschutz“. Zu den besuchten EU-Institutionen und Einrichtungen gehörten die Kommission, das Europäische Parlament, die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union, der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss, der Ausschuss der Regionen, die Europaververtretung der Bundesagentur für Arbeit sowie Finance Watch. Umrahmt war die Kurswoche in Brüssel von Workshops zu den Themen Interkulturelle Kommunikation im Zusammenhang mit Verhandlungen im europäischen Kontext und Social Responsibility Assessment Framework. Den Höhepunkt der Kurswoche in Brüssel bildete das Gespräch mit EU-Kommissar für die Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Günther Oettinger. In einem flammenden Plädoyer für die Europäische Union erläuterte Oettinger, dass sich die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten in Brüssel trotz der zeitweise vorhandenen Skepsis sowie der verschiedenen Kulturen und den daraus entstehenden Herausforderungen für die Arbeitsabläufe lohnt. Es sei wichtig nicht zu vergessen, dass die EU eine Friedensunion sei. Als solche werde sie heute leider häufig nicht mehr wahrgenommen. Die EU sei außerdem eine Wertegemeinschaft, auch diese Erkenntnis werde heute leider in den Hintergrund gedrängt. Die Eigenschaft der EU als Währungs- und Wirtschaftsgemeinschaft biete als solche Vorteile, die zuweilen nicht gesehen oder nicht wertgeschätzt würden. Die Europäische Union sei auf dem Weg, ein digitaler Binnenmarkt zu sein und könne auch als digitaler Wirtschaftsraum Anschluss an die in diesem Bereich weiter fortgeschrittenen Länder finden. Als weiteres wichtiges Merkmal der Europäischen Union nannte Oettinger das hohe Maß an Freizügigkeit innerhalb



der EU und das damit ermöglichte Zusammenwirken der Mitgliedstaaten, das so einmalig in der Welt sei. Europa verfüge ferner, aufgrund der gemeinsamen Außen-, Nachbarschafts- und Sicherheitspolitik, über viele weitere Handlungsfelder. Wenn Europa zusammenarbeitet und einer Meinung ist, bilde es noch immer einen Faktor für die Prägung der Welt. Oettinger gab den KollegiatInnen daher mit auf den Weg, für das europäische Projekt mit Überzeugung einzutreten und für die Vorteile, die die Nachteile eindeutig überwiegen, zu werben. Auch deswegen sei die Präsenz der Vertreter deutscher Behörden in Brüssel sehr wichtig und eine berufliche Station in Brüssel nicht ohne Grund ein wichtiger Schritt in der Karriere. Weitere Gesprächspartner der Kurswoche waren Dr. Wolfgang Müller, Direktor der Europaververtretung der Bundesagentur für Arbeit, Karl-Heinz Lambertz, Vizepräsident des Ausschusses der Regionen, Markus Städler, Nationaler Experte, Europäische Kommission, DG CNECT – Digitale Gesellschaft, Vertrauen und Sicherheit, Öffentliche Dienste, Andreas

von Busch, Europäische Kommission, DG REGIO – Programmierung und Implementierung, Constanze Krehl, MdEP, Berichterstatterin Zukunft der Kohäsionspolitik, Rebecca Harms, MdEP, Vorsitzende Fraktion Grüne, Gabriele Bischoff, Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, Vorsitzende Arbeitnehmergruppe, Anne Gellinek, Büroleiterin ZDF Brüssel, Karl von Kempis, Europäische Kommission, Generalsekretariat, Isabel Schmitt-Falckenberg, Leiterin des Referats Innenpolitik II, sowie Anke Pilarski, Verwaltung, zuständig für nationale Experten (beide Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union).

Die fünfte Kurswoche im September 2016 fand wieder in Speyer statt. Schwerpunkte der Kurswoche waren die Themen Führung und Zusammenarbeit. Vor dem Hintergrund der für die heutige Zeit charakteristischen sog. „VUCA-World“ (Volatility, Uncertainty, Complexity, Ambiguity), die einen flexibleren Umgang mit Instrumenten des Personalmanage-

01_ Die Kollegiatinnen und Kollegiaten des FKS bei der Europäischen Kommission im Juni 2016 in Brüssel
 02_ EU-Kommissar Oettinger sprach mit den Kollegiatinnen und Kollegiaten des FKS über die Bedeutung der Europäischen Union
 03_ Die Kollegiatinnen und Kollegiaten des FKS XII mit Bezirksbürgermeisterin Dr. Franziska Giffey, Bezirksamt Neukölln im Februar 2017
 (Fotos: FKS)

ments erfordern, lernten die KollegiatInnen neue Ansätze zu Führung und Zusammenarbeit kennen. Auch der Umstand, dass die Digitalisierung zusätzliche Veränderungen auch für die Führung mit sich bringt, wurde bei den Workshops und Vorträgen berücksichtigt. Referenten der Workshops waren Dr. Nicole Strauss, Karlsruhe, zum Thema „Neuro-Leadership: Hirngerechte Führung für mehr Leistung, Motivation und Gesundheit“, ferner Prof. Dr. Simon Werther, Professor an der Hochschule der Medien in Stuttgart und Gründer der HRinstruments GmbH, München sowie Prof. Dr. Armin Trost, Tübingen, beide zum Themenkreis des Mitarbeitergesprächs. Ein Vortrag mit anschließender Diskussion mit Helmut Caspary, Abteilungsleiter im Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz zur Zusammenarbeit verschiedener Disziplinen in der Verwaltung an einem konkreten Beispiel rundeten das Programm der Kurswoche ab. Das sich an die Kurswoche anschließende Follow Up-Treffen bot den KollegiatInnen neben hochrangigen Gesprächen die Möglichkeit, Netzwerke mit den zahlreich erschienen ehemaligen Kollegiatinnen und Kollegiaten zu knüpfen. Gesprächspartner waren u. a. Dr. André Becker, Bereichsleiter Human Resources, BASF SE, Ludwigshafen/Rh., und Luka Mucic, Finanzvorstand und COO, SAP SE, Walldorf. Im Workshop zur Einführung in die Methode des Design Thinking mit interaktiver Übung mit Diemut Bartl/Manuel Ott von Dark Horse Innovation, Berlin, hatten die aktuellen und ehemaligen KollegiatInnen die Möglichkeit, diese innovative Methode des Projektmanagements kennenzulernen.

Die sechste Kurswoche im November 2016 widmete sich dem Schwerpunktthema „Flüchtlings- und Integrationsmanagement“. Die KollegiatInnen besuchten dazu die Führungsakademie der Bundesagentur für Arbeit in Lauf sowie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg. In der Führungsakademie der Bundesagentur für Arbeit wurden auch Themen aus dem Bereich des Projektmanagements, z. B. im Zusammenhang mit Digitalisierung beleuchtet. Als Referenten konnte das FKS hierfür Ulrich Völ-

koi zum Thema „Agile Ansätze im Projektmanagement und in der Softwareentwicklung“, sowie Dr. Volker Rebhan zu „eGovernment und der BA-Online-Strategie 2020“, beide Bundesagentur für Arbeit, gewinnen. Mit Dr. Roland Deinzer, Leiter der Unternehmensentwicklung und strategisches Controlling, Bundesagentur für Arbeit, tauschten sich die KollegiatInnen intensiv zum Thema Arbeitswelt 4.0 und geschäftspolitische Strategie der BA aus. Ralph Burghart, Vorsitzendes Mitglied der Geschäftsführung, Agentur für Arbeit Altenburg-Gera sowie Kollegiat des FKS XII, stellte das Projekt „Mach es einfach!“ vor. In diesem Projekt ging es darum, dass die Organisation Handlungsspielräume vor Ort nutzt, flexibel agiert und durch kreative Ideen die Agenturen für Arbeit weiterentwickelt, um damit den veränderten Marktbedingungen gerecht zu werden. Das Thema Flüchtlings- und Integrationsmanagement behandelte Jan Pratzka, Jobcenter Dresden, der die mit einem Preis ausgezeichnete Netzwerkarbeit vor Ort beim Thema Asyl im „Lenkungsausschuss Integration in Arbeit und Ausbildung Dresden“ und im Projekt „Mein Ordner“ vorstellte. Dr. Rudolf Bünte, Bundesagentur für Arbeit, berichtete aus der zentralen Koordinierungsstelle Migration zum Thema Flucht, Migration und Integration als aktuelle Herausforderungen. Bei den Gesprächen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ging es neben weiteren Informationen über die Arbeit des Bundesamtes um die Zusammenarbeit verschiedener Behörden, die Integration verschiedener Sachthemen zu Lebenslagen von Flüchtlingen sowie um Lehren, die aus dem Flüchtlingsmanagement für die zukünftige Entwicklung der Verwaltung gezogen werden können. Unter den verschiedenen Gesprächen stellte vor allem das mit Spannung erwartete Gespräch mit Frank-Jürgen Weise, in seiner Funktion sowohl als Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit, als auch als Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge den Höhepunkt der Kurswoche dar. Der Vortrag von Katja Wilken-Klein, Leiterin operativer Bereich und Controlling sowie ehemalige Kollegiatin, gab einen aufschlussreichen Einblick in das integrierte Flüchtlingsmanagement des Bundesamtes. Mit

einem anschließenden Treffen der KollegiatInnen mit den TeilnehmerInnen des Bayerischen Lehrgangs für Verwaltungsführung in München, das ebenfalls das Thema „Flüchtlings- und Integrationsmanagement“ zum Gegenstand hatte, endete die sechste Kurswoche des FKS.

sekretär Klaus Vitt, Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik, Bundesministerium des Innern, behandelte das Thema Digitale Verwaltung anhand verschiedener Projekte, wie z. B. der Digitalisierung des Asylverfahrens. Mit Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek, Bundesministerium für Familie,



Die siebte Kurswoche fand im Februar 2017 in Berlin und Potsdam statt. Sie stand unter dem Schwerpunktthema Politik und Verwaltung. Ziel der Kurswoche war es, den KollegiatInnen die besondere Bedeutung des Ineinandergreifens der fachlichen und politischen Arbeit aufzuzeigen und wie das Verhältnis von Legislative und Exekutive in der Demokratie zukunftsorientiert gestaltet werden kann. Auf Bundesebene führten die KollegiatInnen zu diesem Zweck Gespräche mit Staatssekretären der Bundesministerien und besuchten die Verfassungsorgane Bundesrat und Bundestag. Die Gespräche mit verschiedenen Staatssekretären der Bundesministerien hatten aktuelle politische Themen zum Inhalt. Mit Staatssekretärin Christiane Wirtz, Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, sprachen die KollegiatInnen über aktuelle Fragen der Justizpolitik. Staatssekretär Thorben Albrecht, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, sprach mit den KollegiatInnen über das Thema Arbeiten 4.0 und dessen Bedeutung für den öffentlichen Dienst. Staats-

Senioren, Frauen und Jugend tauschten sich die KollegiatInnen zum Thema Frauen im Beruf anhand des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen an Führungspositionen sowie des Gesetzes zur Entgelttransparenz aus. Um die Arbeitsweise und Verwaltung von Bundesrat und Bundestag näher kennenzulernen, trafen die KollegiatInnen Staatssekretär Dr. Horst Risse, Direktor beim Deutschen Bundestag, zu einem Gespräch und wohnten einer Sitzung des Bundesrates bei. In Potsdam standen den KollegiatInnen u.a. Staatssekretärinnen Kathrin Lange und Daniela Trochowski, die Präsidentin des Landtages Britta Stark sowie Landtagsabgeordnete als Gesprächspartner zu aktuellen politischen Themen zur Verfügung. Beim Land Berlin erörterten die KollegiatInnen aktuelle Themen auf Landes- und Bezirksebene. Hierzu trafen sie Dr. Franziska Giffey, Bezirksbürgermeisterin Bezirksamt Neukölln von Berlin, sowie weitere Mitarbeiter des Bezirksamtes zum Thema Herausforderungen und Lösungsansätze in der interkulturellen Großstadt Neukölln.

NEUES AUS DER HOCHSCHULSEELSORGE

Text: Luise Gruender und Michael Erlenwein

Das Wintersemesterprogramm 2016/2017 der KHG/ESG (Katholische und Evangelische Hochschulgemeinde) an der Universität startete dieses Mal mit einer Stadtrallye durch Speyer – und das sogar an zwei Tagen hintereinander, denn das Wetter am Samstag war kalt und regnerisch.

Trotzdem machten sich mehrere Gruppen auf den Weg durch die Stadt. Andere hofften auf gutes „Sonntagswetter“, das auch tatsächlich ein bisschen besser war – diverse Teilnehmer/innen kamen sogar an beiden Tagen. Alle Fragen über Speyer wurden tapfer beantwortet, die Auswertung erfolgte schließlich im Domhof, wo sich alle wieder aufwärmen konnten – und siehe da: Die meisten Fragen waren richtig beantwortet.

Natürlich gab es auch wieder die Semester-Früh-schichten, die jede Woche immer Mittwochs morgens um 7.30 Uhr im Clubraum 3 stattfanden, mit – ganz wichtig – einem anschließenden gemeinsamen Frühstück. Unser Clubraum war wie immer gut gefüllt, zu Beginn des Semesters saßen wir sogar zweireihig um den Tisch...

Selbstverständlich darf auch die traditionelle Pfälzer Weinprobe der Hochschuleseelsorge im Semester nicht fehlen! Sie fand endlich wieder im Priesterseminar statt – extra für uns ganz frisch renoviert. Regens Markus Magin führte alle 80 Anwesenden –



mehr passten beim besten Willen nicht in den großen Saal – in die Kunst des Weines und die Besonderheiten der Pfalz ein. Es war ein rundum gelungener Abend.

Und es scheint sich wohl zu bewähren: Auch in diesem Semester gab es mehrere (große) Domführungen: Die erste fand unter Leitung von Hochschuleseelsorgerin Luise Gruender zu Beginn des Semesters statt. Nach vielen Informationen rund um und im Weltkulturerbe ging es in den „Domnapf“, um den Abend gemütlich ausklingen zu lassen.

Die zweite große Dom-Besichtigungs-Tour führte zu den Schraudolph-Fresken in den Kaisersaal, auf die

01_
Traditionelle Pfälzer
Weinprobe der Hoch-
schuleseelsorge
02_
Morgenimpuls
03_
Plätzchenverkauf an
der Universität
Fotos: Gruender



Dom-Empore, zum Spieltisch der Orgel und auf den Domturm.

Hier erfreute Herr Domdekan Dr. Christoph Kohl schließlich alle noch mit einem spontanen Orgelkonzert. Auch dieser Abend klang im „Domnapf“ gemütlich aus.

Der Advent ist nicht nur die Vorbereitungszeit auf Weihnachten, das Fest der Geburt Jesu Christi, sondern lebt auch von den Bräuchen und Riten in dieser Zeit. In sehr guter Kooperation mit dem Event-Referat der Hörschaft entstanden in der „Weihnachtsbäckerei“ diverse Adventsplätzchen. Diese wurden zum Teil spontan selbst gegessen, aber es

waren so viele, dass entschieden wurde, das Gebäck zugunsten eines wohlthätigen Projekts zu spenden. Sehr gefreut darüber hat sich dann das Kinderhospiz Sterntaler. (Vgl. Artikel der Hörschaft)

Und wie immer gehört zum Semester natürlich eine Wanderung. Zunächst fuhren wir mit dem Zug über Schifferstadt nach Deidesheim. Von dort liefen wir durch die Weinberge zur Michaeliskapelle, um von dort den herrlichen Blick über die Rheinebene zu genießen. Petrus meinte es wirklich gut mit uns. Durch den Pfälzer Wald ging es schließlich zum Adventsmarkt und zum ersehnten Winzerglühwein. Mit dem Zug fuhren wir nach Speyer zurück, wo einigen dann doch ein wenig die Beine schmerzten.

Auch mit Blick auf das jüdische Speyer gab es zwei Angebote: Einmal die Möglichkeit im Rahmen einer Stadtführung speziell das jüdische Erbe in Speyer zu besuchen oder am Rahmenprogramm des Holocaust-Gedenktages teilzunehmen und die neue Synagoge zu bewundern.

Und es gab noch ein letztes Highlight am Ende des Wintersemesters: das Winter-Schnee-Schwarzwald-Wochenende. Und wir hatten (wie im Vorjahr) Schnee ohne Ende... Tapfer trauten sich deshalb Hörer und Hörerinnen, die noch nie zuvor Ski gefahren waren, auf die Bretter. Der Rest der Mannschaft stapfte und wanderte tapfer durch die Schneemasen oder halfen überforderten Schwarzwäldern beim

Schneeschippen. Nach den drei Tagen zurück in Speyer lag hier nicht eine Flocke...

Alles in allem war es ein sehr ereignisreiches Wintersemester 2016/2017 mit vielen motivierten Hörerinnen und Hörern. - Jetzt sind wir gespannt auf das Sommersemester 2017 und grüßen Sie alle sehr herzlich,

ihre Hochschuleseelsorger
Pastoralreferentin Luise Gruender
(Katholische Kirche)
und Pfarrer Michael Erlenwein
(Evangelische Kirche)

Es war ein gemütlicher Samstagnachmittag im Advent, als einige fleißige Bäcker und Bäckerinnen der



Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer mit freundlicher Unterstützung der Hochschuleseelsorge sich in der urigen Küche von St. Bernhard einfanden und zu fröhlicher Musik zuckersüße Leckerbissen zauberten. Mit großer Freude wurde gebacken, verziert und ein kleines bisschen genascht. Alle freuten sich ein so tolles Projekt in der (fast direkten) Nachbarschaft der Uni unterstützen zu können. Als wir einige Tage später die bunten Plätzchen der restlichen Hörerschaft gegen eine Spende für den Kinderhospiz Sterntaler e.V. in Dudenhofen angeboten haben, konnten wir kaum so

schnell gucken, wie die Tütchen schwanden und die Spendenkasse sich füllte. Ein voller Erfolg. Durch eine großzügige Spende der Nord I (Hamburg, Schleswig-Holstein) Fete i.H.v. 100€ kamen wir auf einen Gesamtbetrag von 356,30 €, den wir Frau Däuwel am 30. Januar bei einem sehr herzlichen Rundgang in der Einrichtung persönlich übergeben durften. Wir waren sehr berührt von der warmen und liebevollen Stimmung an diesem ganz besonderen Fleckchen Erde und freuen uns, einen kleinen Beitrag zu dieser so großen Sache leisten zu können.

Wir sind tief beeindruckt von so viel Fröhlichkeit und Herzlichkeit und wünschen allen Helfern und Familien viel Kraft für die Zukunft!

Die Hörerschaft der DUV Speyer

NEUES AUS DEM ALUMNI- NETZWERK

Text: Martina Dick



Der Internetauftritt im Kontext des Alumni-Netzwerkes wurde grundlegend überarbeitet und erweitert: <http://www.uni-speyer.de/de/universitaet/alumni.php>.

Neben ersten Hinweisen zum Speyerer Alumni-Tag 2017, einer Portraitserie bekannter Absolventinnen und Absolventen, einem Rückblick auf zurückliegende Veranstaltungen finden Sie dort unter anderem ganz neu eine Seite mit „Externen Stellenangeboten“ – von Alumni für Alumni und Studierende –.

Hier werden für die Dauer der Ausschreibungsfrist Stellenangebote verlinkt, über die wir durch Alumni der Universität oder Unterstützerinnen und Unterstützer des Netzwerkes Kenntnis bekommen haben.

Sie möchten sich beruflich verändern oder suchen eine neue Herausforderung? Werfen Sie einen Blick auf diese Seite, es könnte sich lohnen.

In Ihrer Organisation, Kanzlei oder Dienststelle ist eine Stelle zu besetzen, die für Absolventinnen und Absolventen der Universität interessant sein könnte? Es gibt bei Ihnen freie Praktikumsplätze, für die Studierende aus unseren Masterstudiengängen in Frage kommen?

Schicken Sie uns eine Mail mit einem Link auf das Stellenangebot. Wir stellen das Angebot gerne ein.

Herzstück des Alumni-Netzwerkes der Universität ist die Alumni-Datenbank. Hier besteht für alle ehemaligen Hörerinnen und Hörer, Studierenden, Doktoranden und Habilitanden die Möglichkeit, sich kostenlos registrieren zu lassen. Damit erhalten Sie

Zugriff auf die Kontaktdaten anderer dort registrierter Alumni, können sich regional und jahrgangsübergreifend vernetzen.

Seitens der Universität erhalten Sie, nach Aufnahme in die Datenbank, exklusiv dreimal jährlich einen Rundbrief per Mail mit aktuellen Informationen aus der Universität sowie zusätzlich kurze Infomails zu interessanten Veranstaltungen wie dem Semestereröffnungsvortrag, Antrittsvorlesungen oder den legendären Bällen der Hörerschaft.

Wir haben Ihr Interesse geweckt?

Schicken Sie uns den in diesem SpeyerJournal abgedruckten Vordruck, den Sie im Übrigen auch auf der Internetseite finden, ausgefüllt und unterschrieben zu.

Gerne nehmen wir Sie in das Netzwerk auf. Ansprechpartnerin bei Fragen und für Anregungen ist Frau Martina Dick (Tel. 0 62 32 / 6 54 – 2 29, E-Mail: dick@uni-speyer.de).

Sie sind bereits im Netzwerk registriert und haben Kontakte zu anderen Ehemaligen, die das Alumni-Netzwerk vielleicht noch nicht kennen?

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie sie bei Gelegenheit hierauf aufmerksam machen könnten. Herzlichen Dank!

Das Netzwerk wächst und wird weiter wachsen – mit und dank Ihrer Hilfe und Unterstützung!

FESTSCHRIFT UND FESTAKT FÜR HEINRICH REINERMANN ZU SEINEM 80. GEBURTSTAG

Text: Jörn von Lucke

Am 11. Januar 2017 feierte Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reiner mann seinen 80. Geburtstag. Mit seinen Schriften und Vorträgen sowie der Herausgabe von wissenschaftlichen Fachzeitschriften steht er wie kaum ein anderer für die Durchsetzung von Verwaltungsinformatik und Public Management in Deutschland. Sein wissenschaftliches Lebenswerk dokumentiert die Breite der Verwaltungswissenschaften. Betriebswirtschaftslehre, Public Management und Verwaltungsinformatik stehen dabei im Zentrum einer immer wieder auf Praxisfragen und -sorgen bezogenen Reflexion. Zugleich ist er einer der im deutschsprachigen Raum einflussreichsten Vordenker zu Digitalisierung und Management im öffentlichen Sektor.

Zu seinen Ehren und seinem 80. Geburtstag haben Univ.-Prof. Dr. Jörn von Lucke und Univ.-Prof. Dr. Klaus Lenk mit tatkräftiger Unterstützung der Zepelin Universität in Friedrichshafen eine ihm gewidmete Festschrift „Verwaltung, Informationstechnik & Management“ im Nomos-Verlag herausgegeben, um sein Leben und Wirken angemessen zu würdigen. Für die Festschrift konnten Beiträge zur Verwaltungsinformatik, zum Public Management und zur Verwaltungsmodernisierung gewonnen werden.

Im ersten Teil betrachten Roland Traunmüller und Klaus Lenk die Herausbildung der Verwaltungswissenschaft. Jörn von Lucke stellt in seinem Beitrag die von Heinrich Reiner mann begründete Speyerer

Schule der Verwaltungsinformatik vor. Danach gehen Kenneth Kramer und John Leslie King auf das Wechselspiel von Informationstechnologie und Verwaltungsreform in der digitalen Gesellschaft ein. Marco Brunzel zeigt die besondere Aktualität vieler Fragestellungen auf, mit denen sich Heinrich Reiner mann in den vergangenen fünfzig Jahren immer wieder intensiv beschäftigt hat. Peter Eichhorn geht auf Daten und Informationen ein, wobei es seiner Meinung nach auf Funktion und Inhalt ankommt. Klaus Lenk sieht im Wissensmanagement die zentrale Herausforderung für die kommenden Jahre. Hermann Hill skizziert mit seinem Beitrag zahlreiche Veränderungen und Herausforderungen, mit denen sich der öffentliche Sektor und die Verwaltungsinformatik künftig auseinander setzen müssen.

Im zweiten Teil diskutiert Martin Brüggemeier die Verschiebung der Grundfragen des Public Managements durch die Entwicklung der Informationstechnik. Im Licht früherer Arbeiten Heinrich Reiner manns reflektiert Christoph Reichard mehr als 50 Jahre Haushaltsreformen und deren Wirkungen. Klaus Lüder zieht eine Bilanz der Reform des öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesens in den vergangenen 30 Jahren. Ludwig Pack greift in seinem Beitrag die klassische Optimierungsaufgabe der Losgrößen und Bestellmengen auf. Angelika Menne-Haritz behandelt die Funktion von Akten in der öffentlichen Verwaltung. Carl Böhrer stellt Anregungen für Verwaltungsmodernisierer vor. Helmut Klages skizziert



Am 10. März 2017 konnte die Festschrift im Rahmen eines feierlichen Festakts in den Räumen der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer Herrn Reinermann persönlich überreicht werden.

Veith Mehde: Was die Verwaltung bewegt – Themen aus 10 Jahren VM, Veith Mehde, in: Verwaltung & Management, 23. Jahrgang, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017, S. 80–89.

den Begriff der „Partizipations-Kultur“. Systemrationalität betrachtet Klaus König grundlegend die spannungsreiche Rationalität der öffentlichen Verwaltung.

Hans-Peter Bull schaut im dritten Teil auf den aktuellen Stand der Modernisierung der Verwaltung, ihre Erfolge und die dennoch bestehenden zahlreichen offenen Punkte. Herbert Kubicek blickt kritisch auf das Lebenslagenprinzip und bedauert die allzu zögerliche Neuausrichtung der Geschäftsprozesse in den Back-Offices. Hinrich Bonin reflektiert seine Erfahrungen als SPD-Kreistagsabgeordneter im Landkreis Lüneburg, wo ein „Digitaler Sitzungsdienst“

nicht dazu beitrug, Machtverhältnisse zu verändern. Veith Mehde betrachtet aus einer rechtswissenschaftlichen Perspektive die Entwicklung der E-Government-Gesetze und ihre Wirkungen. Tino Schuppan und seine Mitautoren schildern den aktuellen Stand von Verwaltungsdienstleistungszentren (Shared Service Centers). Margrit Seckelmann geht auf die anstehenden Veränderungen für die Polizeiarbeit ein, wenn Kameras in Uniformen (Body-Cams) eingebettet werden. Arthur Winter skizziert praxisbezogene Ansätze zu einer vernetzten Verwaltung als Voraussetzung für die Realisierung von No-Stop-Government.

Am 10. März 2017 konnte die Festschrift im Rahmen eines feierlichen Festakts in den Räumen der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer Herrn Reinermann persönlich überreicht werden.

Die Übergabe wurde begleitet von sechs Festvorträgen seiner akademischen Mitstreiter und Weggefährten, die auf sein Leben und Werk in ganz unterschiedlichen Facetten eingegangen sind. Jörn von Lucke reflektierte das Wirken Heinrich Reinermanns in Speyer, in der Verwaltungsinformatik, im Public Management und in den Verwaltungswissenschaften und ging auf seine Bedeutung für viele heutige Akteure in Wissenschaft und Praxis ein. Klaus Lenk unterstrich, wie wichtig eine transdisziplinäre Verwaltungswissenschaft ist. Sie muss in zwei Richtungen offen sein, zur Rechtswissenschaft und zu den professionellen Sichtweisen der einzelnen Berufe in der öffentlichen Verwaltung. Veith Mehde reflektierte die Aufsätze der letzten zehn Jahre von Fachzeitschrift *Verwaltung & Management*. Dabei zeigte er die vielfältigen Themen aus Wissenschaft und Verwaltungspraxis auf, die die von Heinrich Reinermann begründete Zeitschrift auch weiterhin als Forum für Austausch von Ideen, Erfahrungen und Analysen unersetzlich machen. Gunnar Schwarting als Vorsitzender der Johann Joachim Becher-Stiftung strich Heinrich Reinermanns Wirken in der Johann Joachim Becher-Stiftung (JJBS) und bei der Vergabe des Johann Joachim Becher-Preis in den vergangenen Jahren heraus. Roland Traunmüller berichtete aus den Gründerzeiten der Verwaltungsinformatik im deutschsprachigen Raum sowie von der gemeinsamen Tätigkeit in der Gesell-

schaft für Informatik. Rudolf Fisch strich in seinem Beitrag die Rolle von Heinrich Reinermann als Rektor der damaligen Hochschule für Verwaltungswissenschaften hervor, der mit ihm die Verhandlungsgespräche führte und ihn sehr überzeugend nach Speyer holte.

Heinrich Reinermann bedankte sich zum Abschluss bei allen Beteiligten für diesen Festakt und die Festschrift. Ihm sei sein Berufsleben sehr wohlwollend vor Augen geführt, was für einen Geehrten eine rechte Freude sei. Zugleich sei eine Art Bilanz für die Periode seiner Aktivitäten und das Entstehen einer Verwaltungsinformatik gezogen worden, in der Speyer eine ganz wesentliche Rolle spielt.



Jörn von Lucke und Klaus Lenk (Hrsg.): *Verwaltung, Informationstechnik & Management - Festschrift für Heinrich Reinermann zum 80. Geburtstag, E-Government und die Erneuerung des öffentlichen Sektors, Band 17*, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017, ISBN: 978-3-8487-3816-8. Online: <http://www.nomos-shop.de/von-Lucke-Lenk-Verwaltung-Informationstechnik-Management/productview.aspx?product=28941>.

„GIRLS DAY“ AN DER UNIVERSITÄT SPEYER

Text: Claudia Wiora

Wie schon in den letzten Jahren nahm die Universität Speyer am deutschlandweit stattfindenden „Girls Day“ teil und bot erneut zwei Stellen in ihrem Hause an.

Der Girls Day ist eine wichtige Veranstaltung speziell für Mädchen, da sie anhand von praktischen Tätigkeiten früh die Gelegenheit bekommen, auch Interesse an technischen oder handwerklichen Berufen zu entwickeln.

Die Universität Speyer konnte zwei Mädchen einer 7. Klasse und einer 8. Klasse diese Möglichkeit anbieten. Nach einer kleinen Führung durch das Lehrgebäude, die Bibliothek und schließlich über den Campus, durften die Mädchen das Rechenzentrum der Universität kennenlernen und erhielten einen Eindruck über die verschiedenen Tätigkeiten. Im Anschluss stand das breitgefächerte Tätigkeitsfeld der Hausdruckerei auf dem Programm.

Das Team der Druckerei erklärte den Mädchen die verschiedenen Arbeiten und die dazu benötigten Maschinen. Das Angebot war wieder so gestaltet, dass die Mädchen viel selbst aktiv ausprobieren



In der Druckerei konnten die Mädchen einen Schreibblock selbst erstellen

konnten, um das Aufgabenfeld in diesem technischen Bereich kennenzulernen. In der Druckerei konnten sie einen Schreibblock selbst erstellen, der zuerst geklebt und dann an der Schneidemaschine in die entsprechende Größe gebracht wurde. Zudem durften die Mädchen ihre selbsthergestellten Werke mit nach Hause nehmen.

Allen Beteiligten hat der Tag viel Spaß gemacht und es war schön, wieder eine positive Rückmeldung der Mädchen zu bekommen.

Dank der großen Bereitschaft aller Beteiligten konnte wieder einmal ein wertvoller Beitrag für den Girls Day geleistet werden.

x Kurzmeldungen

Hohe Auszeichnung für Prof. Lüder

Am 2. Mai 2017 wurde der frühere Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliche Finanzwirtschaft und Allgemeine Betriebswirtschaftslehre der Universität Speyer, Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Lüder im Palais Solms in Karlsruhe mit dem Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Mit der Auszeichnung wurden die Verdienste Lüders in den Bereichen Öffentliche Finanzen und öffentliches Rechnungswesen sowie in der international vergleichenden Forschung auf dem Gebiet des Haushalts- und Rechnungswesens gewürdigt.

Vortrag in Oman

Auf dem Euro MENA Dialogue on Public Management in Oman hielt Univ.-Prof. Dr. Michael Bauer im Oktober 2016 einen Vortrag zum Thema „Finance and International Organisations“.

Vorträge zu Transparenz und Bürgerbeteiligung

Im Rahmen der Tagung „Transparencia y buen gobierno“ der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Jaume I, Castellón de la Plana (Spanien), hielt Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Karl-Peter Sommermann am 20. Oktober 2016 einen Vortrag über „Leyes de transparencia y mecanismos de implementación en Alemania“ (Transparenzgesetze und ihre Implementierung in Deutschland“. An derselben Fakultät fand am 21. Oktober 2016 ein Internationales Seminar über „Federalismo, democracia multinevel y participación“ statt. Hier trug

Prof. Sommermann über „Democracia directa y democracia participativa en el Estado federal alemán“ (Direkte Demokratie und partizipative Demokratie im deutschen Bundesstaat“ vor. Der Beitrag wird in einem Sammelband veröffentlicht werden.

Workshop „Perspektiven der Verwaltungswissenschaft“

Im November 2016 referierte Univ.-Prof. Dr. Michael Bauer auf dem Workshop „Perspektiven der Verwaltungswissenschaft“ der LMU München zum Thema „Das gespaltene Selbstverständnis der deutschen Verwaltungswissenschaft. Ergebnisse einer Befragung unter Fachvertretern und Fachvertreterinnen“.

Vortrag in Loccum

Auf der Tagung der Evangelischen Akademie Loccum „Flüchtlinge und Sozialstaat, Chancen, Risiken und Handlungserfordernisse“ referierte Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 15. September 2016 in Loccum zum Thema „Flüchtlingsaufnahme und -integration – Eine Frage des Geldes?“ .

Rechtssymposium der Deutschen Gesellschaft für Kassenarztrecht

In seiner Funktion als Stellvertretender Vorsitzender des Gemeinsamen Bundesausschusses im Gesundheitswesen nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Rainer Pitschas an dem Rechtssymposium der Deutschen Gesellschaft für Kassenarztrecht e. V. zum Thema „Gemeinsamer Bundesausschuss und dessen Institute“ am 22. November 2016 mit eigenen Diskussionsbeiträgen in

Berlin teil. Die Veranstaltung widmete sich der rechtlichen Stellung des Ausschusses in der Gesundheitsversorgung Deutschlands und der Zuarbeit für ihn durch die dafür errichteten Institute.

Vortrag in Bamberg

Univ.-Prof. Dr. Michael Bauer hielt im Januar 2017 an der Otto-Friedrich-Universität in Bamberg, einen Vortrag zum Thema „Bureaucratic autonomy of international organizations' secretariats“.

Zukunft des Rechts auf soziale Sicherung in Afrika

Am 10./11. November 2016 nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Rainer Pitschas an der in Berlin stattgefundenen Konferenz zum Thema „Law for Development: Strengthening Social Protection Systems in Africa“ teil. Die Tagung wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Verbindung mit der Universität Bochum und der Gesellschaft für afrikanisches Recht veranstaltet. Im Schwerpunkt der Veranstaltung stand die Zukunft des Rechts auf soziale Sicherung in Afrika. Zugleich wurden traditionelle Formen der Absicherung in den Blick genommen. An der Diskussion hierüber beteiligte sich Prof. Pitschas mit einem eigenen Diskussionsbeitrag.

Errichtung eines Versorgungsfonds

Am 12. Dezember 2016 nahm Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber schriftlich Stellung zur „Errichtung eines Versorgungsfonds des Landes Schleswig-Holstein“ für den Finanz-

ausschuss des Landtags Schleswig-Holstein.

Digitalisierung der Öffentlichen Verwaltung

Am 4. November 2016 hielt Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Karl-Peter Sommermann im Rahmen der 34. Table Ronde des Centre de recherches administratives, Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Aix-Marseille, einen Vortrag über „La dématérialisation des procédures administratives et autres téléprocédures en Allemagne“. Die jährlich von Wissenschaftlern verschiedener europäischer Länder gehaltenen Vorträge des Runden Tisches, diesmal zum Thema der Digitalisierung der Öffentlichen Verwaltung, werden wie üblich im „Annuaire européen d'administration publique“ veröffentlicht.

Joint Congress of IIAS-IASIA

Einen Vortrag zum Thema „Sustainably Financing Public Infrastructure - A Comparison of PR China and Germany“ hielt Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 21. September 2016 beim „Joint Congress of IIAS-IASIA“ in Chengdu (VR China).

Perspektiven der Verwaltungswissenschaft

Die Schriftenreihe „Staatslehre und politische Verwaltung“, die seit 1997 beim NOMOS-Verlag erscheint, ist einer der wichtigsten Publikationsorte der politikwissenschaftlichen Verwaltungslehre, in der zahlreiche neuere Schlüsselwerke des Fachs erschienen sind. Zum 1. Januar 2016 sind Arthur Benz und Rainer Prätorius, zwei der Begründer der Reihe, aus dem Herausbergremium ausgeschieden. Ihnen folgen Michael W. Bauer und Annette Töller nach, die gemeinsam mit Edgar Grande die Reihe in den kommenden Jahren betreuen werden. Dieser Wechsel war im November

2016 der Anlass, um eine Standortbestimmung der politikwissenschaftlichen Verwaltungsforschung vorzunehmen und neue Forschungsperspektiven für das Fach auf der Tagung „Perspektiven der Verwaltungswissenschaft“, die am 3. und 4. November 2016 im Internationalen Begegnungszentrum (IBZ) in München stattfand zu diskutieren.

Bei der Tagungsorganisation haben die Lehrstühle von Prof. Grande an der LMU in München und von Prof. Michael W. Bauer an der Universität Speyer zusammengearbeitet. Es waren insgesamt 43 Teilnehmer auf der Tagung - unter Ihnen Fritz W. Scharpf, Wolfgang Seibel, Christoph Knill, Arthur Benz, Frank Nullmeier, Werner Jann, Jörg Bogumil, Nathalie Behnke und viele andere namhafte Verwaltungswissenschaftler und Verwaltungswissenschaftlerinnen.

Vortrag in Berlin

Am 26. September 2016 referierte Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber auf der 3. Seniorenpolitischen Fachtagung des Deutschen Beamtenbundes und Tarifunion Bundessekiorenvertretung in Berlin zum Thema „Hat der Generationenvertrag eine Zukunft?“

Verhältnis von Primär- und Sekundärverwaltungsrechtsschutz

Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Karl-Peter Sommermann hielt am 30. Januar 2017 im Rahmen der „Giornate di Studio sulla Giustizia Amministrativa - Profili oggettivi e soggettivi della giurisdizione amministrativa: il confronto“ an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Università Roma III einen Vortrag über „Objective and Subjective Profiles of the Administrative Jurisdiction: The German Experience“. Die international-rechtsvergleichende Tagung befasste sich im Schwerpunkt mit Fragen, die für die aktuelle Reformdiskussion in Italien von Interesse sind.

Prozesse, Probleme, Erwartungen und Erfahrungen Wissenschaft/Verwaltung

Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber moderierte am 25. November 2016 das Panel „Prozesse, Probleme, Erwartungen und Erfahrungen Wissenschaft/Verwaltung“ auf der Jahrestagung der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften in Speyer

Vortrag in Barcelona

Am 14. Februar hielt wissenschaftlicher Mitarbeiter Daniel Toda Castán einen Vortrag mit dem Titel „Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Outright Monetary Transactions: Ein wertvoller Beitrag zum Verhältnis zwischen EuGH und nationalen Gerichtsbarkeiten?“ an der Universität Pompeu Fabra (Barcelona). Die Einladung erfolgte seitens der Forschungsgruppe über Verfassungsrecht, EU-Recht und Supranationale Integration an der obengenannten Universität und insbesondere von Professorin Dr. Maribel González Pascual, die mehrere Forschungsergebnisse am Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung Speyer zurückgelegt hat.

Deutsch-Chinesischer Bürgermeistertag

Am 24. Oktober 2016 moderierte Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber das Panel „Wirtschafts- und Wissenschafts-Standort Stadt“ beim Deutsch-Chinesischen Bürgermeistertag in Ludwigshafen.

Besuch des Weihnachtsoratoriums

Am 16. Dezember 2016 besuchte eine Gruppe internationaler Studierender gemeinsam mit Frau Reinke und Frau Gerhard vom Akademischen Auslandsamt der Universität das „Weihnachtsoratorium“ von Johann Sebastian Bach, welches vom PalatinaKlassik Vokalensemble, begleitet von

der PalatinaKlassik Kammerphilharmonie, im Historischen Museum der Pfalz aufgeführt wurde.

Der durch den DAAD im Programm STIBET aus Mitteln des Auswärtigen Amtes finanzierte Konzertbesuch brachte den internationalen Studierenden ein wichtiges Werk klassischer Musik eines der bedeutendsten deutschen Komponisten näher, welches gerade in der deutschen Weihnachtstradition eine große Rolle spielt. Die Aufführung mit Chor, Orchester und Solosängern begeisterte alle Teilnehmer. Beim anschließenden Zusammensein in einer Speyerer Gaststätte konnten sich die Studierenden über das Kulturerlebnis austauschen. Die Veranstaltung diente neben dem kulturellen Aspekt auch der Möglichkeit, die Kontakte der internationalen Studierenden untereinander und zum Akademischen Auslandsamt zu vertiefen.

9. Speyerer Salongespräch

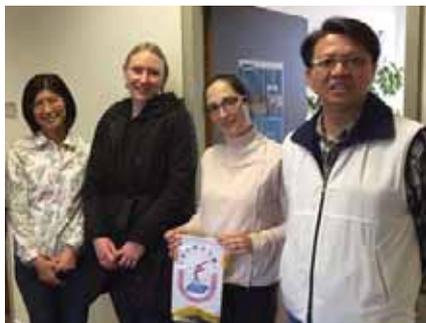
Am 22. November 2016 hielt Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber im 9. Speyerer Salongespräch des Roten Salons einen Kurzvortrag und Diskussion zum Thema „Politik als Beruf: Kompetenz, Kontakt, Karriere“.

Rechte, Konflikte und Wirklichkeiten im Verfahren der Widerspruchsausschüsse und Sozialgerichte

Mit einem eigenen Vortrag zum Thema „Der Konflikt zwischen Bürgerinnen und Bürger und Sozialleistungsträgern im Spiegel der Verwaltungswissenschaften“ beteiligte sich Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Rainer Pitschas an dem Workshop „Rechte, Konflikte und Wirklichkeiten im Verfahren der Widerspruchsausschüsse und Sozialgerichte“, der am 19./20.01.2017 im Bundessozialgericht (Kassel) stattfand und der gemeinsam mit der Universität Kassel und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg veranstaltet wurde.

Besuch aus Taiwan

Ende Januar 2017 konnte Univ.-Prof. Dr. Constanze Janda, Inhaberin des Lehrstuhls für Sozialrecht und Verwaltungswissenschaft an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Frau



Prof. Dr. Ku-Yen Lin, Department of Social Sciences der National Open University, Taiwan begrüßen.

Professor Lin besuchte in der Zeit vom 30. Januar bis 27. Februar 2017 die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer zu einem Gastforscheraufenthalt. Frau Prof. Lin hatte – wie Frau Prof. Janda – an der Friedrich-Schiller-Universität Jena promoviert. Den Besuch in Speyer nutzte sie gemeinsam mit ihrem Direktor, Prof. Bing-Han Lu, zu einem ersten Gespräch mit Frau Kirstin Reinke, Leiterin des Akademischen Auslandsamtes der Universität Speyer, über die Möglichkeiten einer Kooperation der beiden Universitäten.

Vortrag in Bozen

Bei der Winter School 2017 der Universität Innsbruck und der EURAC in Bozen zum Thema „Federalism and Governance“ referierte Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 6. Februar 2017 zum Thema „Fiscal Relations“.

Vorsorge für zukünftige Versorgungsausgaben

Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber referierte am 16. Februar 2017 im Ausschuss für Haus-

halt und Finanzen des Landtags Brandenburg in Potsdam bei der Sachverständigenanhörung zum Thema „Vorsorge für zukünftige Versorgungsausgaben des Landes in Zeiten von Niedrigzinsphasen – Auswirkungen des Gesetzes über die Aufhebung des Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften“.

Gleichstellungsbeauftragte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung

Seit Januar 2017 ist Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber Gleichstellungsbeauftragte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL).

Europäische Gesundheitspolitik und Sozialrecht

Mit einem eigenen Vortrag zum Thema „Auswirkungen des Selbstverwaltungsstärkungsgesetzes auf den Gemeinsamen Bundesausschuss“ nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Rainer Pitschas an der Tagung der Goethe Universität Frankfurt a. M. / Institut für Europäische Gesundheitspolitik und Sozialrecht am 23. März 2017 in Berlin teil. Ob es wirklich zu einer Stärkung oder gar zu einer Schwächung der Selbstverwaltung kommt, war das Thema der Veranstaltung.

Expertenkommission Innere Sicherheit

Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber ist seit 16. Januar 2017 Mitglied der „Expertenkommission Innere Sicherheit“ der SPD Sachsen.

PERSONALIA

01. Oktober 2016 – 31. März 2017

Einstellungen

01.10.2016	Janda, Constanze , <i>Lehrstuhl für Sozialrecht und Verwaltungswissenschaft</i>
01.10.2016	Egner, Björn PD Dr. , <i>Lehrstuhlvertretung am Lehrstuhl Soziologie der Organisations</i>
01.10.2016	Kern, Christina , <i>wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Prof. Grohs</i>
01.10.2016	Ruf, Veronika , <i>wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Prof. Hölscher</i>
01.10.2016	Pöhler, Jana , <i>stud. HK am Lehrstuhl von Prof. Bauer</i>
01.11.2016	Knopke, Volker , <i>wiss. MA am Lehrstuhl von Prof. Janda</i>
01.11.2016	von Beauvais, Sanja , <i>wiss. MA am Lehrstuhl von Prof. Stelkens</i>
01.11.2016	Stengrafe, Felix , <i>wiss. HK am Lehrstuhl von Prof. Martini</i>
21.11.2016	Fröhlich, Wiebke , <i>wiss. HK am Lehrstuhl von Prof. Martini</i>
28.11.2016	Reimann, Felix , <i>stud. HK am Lehrstuhl von Prof. Hölscher</i>
01.12.2016	Böhler, Kathrin , <i>wiss. HK am Lehrstuhl von Prof. Martini</i>
07.12.2016	Bäker, Maik , <i>stud. HK am Lehrstuhl von Prof. Hölscher</i>
15.12.2016	Zeibler, Leonie , <i>wiss. MA am Lehrstuhl von Prof. Janda</i>
01.01.2017	Balzer, Isabell , <i>wiss. HK am Lehrstuhl von Prof. Wirtz</i>
01.01.2017	Böttner, Robert , <i>wiss. MA am Lehrstuhl von Prof. Weiß</i>
01.01.2017	Glasbrenner, Carolin , <i>stud. HK am Lehrstuhl von Prof. Grohs</i>
01.01.2017	Lübke, Anna-Katharina , <i>stud. HK am Lehrstuhl von Prof. Grohs</i>
01.01.2017	Seegers, Elisabeth , <i>stud. HK im MPA Wissenschaftsmanagement</i>
01.01.2017	Savka, Tetyana , <i>wiss. HK am Lehrstuhl von Prof. Bauer</i>
03.01.2017	Huseynova, Ayan , <i>wiss. HK am Lehrstuhl von Prof. Weiß</i>
06.01.2017	Jordan, Johanna , <i>wiss. HK am Lehrstuhl von Prof. Hill</i>
15.01.2017	Röscheisen, Robin , <i>stud. HK im MPA Wissenschaftsmanagement</i>
16.01.2017	Hölle, Timon , <i>stud. HK am Lehrstuhl von Prof. Hill</i>
30.01.2017	Özen, Leyla , <i>stud. HK am Lehrstuhl von Prof. Martini</i>
01.02.2017	Stamm, Tanja Tanita , <i>wiss. MA am Lehrstuhl von Prof. Hill</i>
01.02.2017	Korn, Sarah , <i>Mitarbeiterin der Hausverwaltung</i>
01.02.2017	Späth, Corinna , <i>stud. HK am Lehrstuhl von Prof. Färber</i>

Ausscheiden

31.10.2016	Menges, Oliver , <i>wiss. HK am Lehrstuhl von Prof. Martini</i>
31.10.2016	Kurtz, Oliver , <i>wiss. MA am Lehrstuhl von Prof. Wirtz</i>
31.10.2016	Koki, Nasr , <i>wiss. HK am Lehrstuhl von Prof. Knorr</i>
31.10.2016	Wölken, Tiemo , <i>wiss. MA am Lehrstuhl von Prof. Weiß</i>
31.10.2016	Yahia, Fouad , <i>wiss. MA am Lehrstuhl von Prof. Hill</i>
10.11.2016	Lammers, Jonas , <i>wiss. HK am Lehrstuhl von Prof. Martini</i>
14.11.2016	Arasan, Zühal , <i>wiss. MA am Lehrstuhl von Prof. Wieland</i>
30.11.2016	Nothnagel, Ruth , <i>Sekretärin am Lehrstuhl von Prof. Ziekow</i>
30.11.2016	Kreissl, Corinna , <i>wiss. HK am Lehrstuhl von Prof. Weiß</i>
30.11.2016	Baudisch, Katharina , <i>wiss. HK am Lehrstuhl von Prof. Martini</i>

- 31.12.2016 **Sutter, Hermann**, *Mitarbeiter der Hausverwaltung*
- 31.12.2016 **Montwill, Martin**, *stud. HK im MPA Wissenschaftsmanagement*
- 31.12.2016 **Dietrich, Johanna**, *stud. HK am Lehrstuhl von Prof. Bauer*
- 31.12.2016 **Volk, Julien**, *stud. HK im MPA Wissenschaftsmanagement*
- 14.01.2017 **Fröhlich, Wiebke**, *wiss. HK am Lehrstuhl von Prof. Martini*
- 31.01.2017 **Jordan, Johanna**, *wiss. HK am Lehrstuhl von Prof. Hill*
- 31.01.2017 **Wagner, Nora**, *stud. HK am Lehrstuhl von Prof. Bauer*
- 31.01.2017 **Hümmrich-Welt, Simon**, *wiss. HK am Lehrstuhl von Prof. Weiß*
- 31.03.2017 **Böhler, Kathrin**, *wiss. HK am Lehrstuhl von Prof. Martini*

Dienstjubiläen

- 01.01.2017 **Eggensberger, Irene** 25jähriges Dienstjubiläum
- 01.02.2017 **Veith-Joncic, Wera**, 25jähriges Dienstjubiläum

Ernennung



Ernennung von Dr. Cristina Fraenkel-Haeblerle zur außerplanmäßigen Professorin durch den Rektor, Univ.- Prof. Dr. Joachim Wieland

Auszeichnung



Übergabe der Ehrenmedaille der Universität an Dr. Rainer Frank, Abteilungsleiter a.D., durch den Rektor, Univ.- Prof. Dr. Joachim Wieland

Die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer trauert um

**Herrn Bundespräsidenten a. D. Professor Dr. Dr. h. c. mult. Roman Herzog
(5. April 1934 – 10. Januar 2017)**

Nach seinem Abitur im Jahr 1953 studierte Roman Herzog in München Rechtswissenschaften. 1957 bestand er das Erste juristische Staatsexamen und wurde 1958 mit einer Arbeit zum Thema ‚Grundrechtsbeschränkung nach dem Grundgesetz und europäische Menschenrechtskonvention‘ promoviert. 1961 legte Roman Herzog die Zweite juristische Staatsprüfung ab. Sein weiterer Werdegang führte ihn zunächst bis 1965 als wissenschaftlicher Assistent und nach seiner bereits mit 30 Jahren erfolgten Habilitation bei Theodor Maunz zum Thema ‚Die Wesensmerkmale der Staatsorganisation in rechtlicher und entwicklungsgeschichtlicher Sicht‘ als Privatdozent an die Universität München und dann bis 1969 als Professor an die Freie Universität Berlin. In diesem Jahr nahm er den Ruf auf den Lehrstuhl für Staatslehre und Politik der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer an, die er von 1971 bis 1973 als Rektor leitete. In seine Amtszeit fiel eine bis heute wirkende Neustrukturierung der Speyerer Hochschule. Unter seiner Ägide konnten in Speyer gleich vier neue Lehrstühle eingerichtet werden. Mit der dadurch vollzogenen Stärkung der Bereiche Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft und Politikwissenschaft wurde die in ihren Grundsätzen bis heute existierende interdisziplinäre Lehrstuhlstruktur der Universität geprägt.

Auch nach seiner Hochschullaufbahn blieb Roman Herzog der Speyerer Einrichtung in seinen Ämtern und Funktionen als Bevollmächtigter des Landes Rheinland-Pfalz am Sitz der Bundesregierung, als Minister für Kultur und Sport des Landes Baden-Württemberg, als Innenminister von Baden-Württemberg, als Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts und als Präsident des Bundesverfassungsgerichts stets verbunden.

Mit großem Erfolg führte er Weiterbildungs- und Lehrveranstaltungen zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts durch und wurde dafür 1984 zum Honorarprofessor der Hochschule ernannt. In dieser Eigenschaft lehrte er bis zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten im Jahr 1994 in fast jedem Semester an der Universität und vermittelte den Studierenden dank seiner besonderen Einblicke in die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts eine differenzierte Sicht in die Verfassungsgerichtsbarkeit.

Roman Herzog war eine herausragende Wissenschaftlerpersönlichkeit mit umfassender Bildung und großer akademischer Leidenschaft in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung. So prägte er als Mitherausgeber des Grundgesetzkommentars ‚Maunz-Dürig-Herzog‘ über mehrere Jahrzehnte hinweg die wissenschaftliche und rechtspraktische Auseinandersetzung mit dem Grundgesetz.

In seinen Werken erörterte er in inhaltlicher Tiefe und prägnanter Sprache verfassungsrechtliche und -politische Probleme, vom komplizierten Verhältnis von Verfassungsschutz und Rechtsstaat über die Beziehungen von Verwaltung und Verfassung in der modernen Gesellschaft bis hin zum Grundrechtsschutz im digitalen Zeitalter.

Die Anteilnahme der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer gilt der Familie des Verstorbenen.

Speyer, im Januar 2017

Universitätsprofessor Dr. Joachim Wieland
Rektor
Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

Promotionen

Benjamin Kühl, *Staatlich finanzierte Bewertungsportale Privater – Lebensmittelklarheit.de aus lebensmittel- und verfassungsrechtlicher Perspektive.* Frankfurt 2017, Gutachter: M.Martini/H. Hill

Peter Koch-Sembdner, *Der dreiseitige städtebauliche Vertrag zwischen Gemeinde, Eigentümer bzw. Investor und Land am Beispiel der Konversion in Rheinland-Pfalz.* Hamburg 2017, Gutachter: J. Ziekow/H. Hill

Speyerer Arbeitshefte

226

Waldemar Schreckenberger (Hrsg.)

Das Volk – zur Ideengeschichte, Speyer 2017

225

Michèle Morner, Ulf Papenfuß (Hrsg.)

4. Speyerer Tagung zu Public Corporate Governance 04. bis 05. April 2016 – Aufsicht und Leitung eines zukunftsfähigen Beteiligungsmanagements für Städte und Kommunen, Bund und Länder, Speyer 2016

IMPRESSUM

SpeyerJournal Nr. 30
Wintersemester 2016/2017

Herausgeber

Der Rektor der Deutschen Universität für
Verwaltungswissenschaften Speyer

Redaktion

Referat für Information und Kommunikation
der Deutschen Universität für
Verwaltungswissenschaften Speyer
Freiherr-vom-Stein-Straße 2
67346 Speyer

Design

Weiser Design Markenkommunikation, Stuttgart
www.weiser-design.de

Satz und Druck

Deutsche Universität für
Verwaltungswissenschaften Speyer

Fotonachweis

*Uni Speyer, Luise Gruender, Kirstin Reinke,
R. Pitschas, FKS*

